

# Sozialdemokrat

## Zentralorgan der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der tschechoslowakischen Republik.

Bezugs-Bedingungen:

Bei Zustellung ins Haus oder bei Bezug durch die Post:  
monatlich . . . . . Ks 16.—  
vierteljährlich . . . . . 48.—  
halbjährig . . . . . 98.—  
jährlich . . . . . 192.—

Rückstellung von Manuscripten erfolgt nur bei Einlieferung der Retourmarken.

Ersteinst mit Ausnahme des Montags täglich 1900

3. Jahrgang.

Freitag, 16. November 1923.

№ 268.

### Der Freispruch des Mörders.

Athanas Nikoloff, ein 21-jähriger mazedonischer Student, hat Ende August den früheren bulgarischen Gesandten Rajko Daschalev in Prag auf offener Straße niedergeschossen. Der Täter wurde unmittelbar nach vollbrachter Tat verhaftet und war des Mordes vollkommen geständig. Er gab an, im Auftrage der mazedonischen Geheimorganisation gehandelt zu haben, die ihn beauftragte, Daschalev zu töten und die ihm den Revolver sowie das nötige Geld, um zur Ausführung der Tat nach Prag reisen zu können, beistellte. Trotz seines Geständnisses, und obwohl auch sonst kein Zweifel war, daß Nikoloff das Verbrechen verübt habe, haben die Geschworenen die Frage, ob er auf Daschalev in der Absicht schoß, ihn zu töten, mit acht Stimmen verneint, was die Freisprechung Nikoloffs wegen des Verbrechens des Mordes zur Folge hatte. Das Urteil hat in der Öffentlichkeit bedeutendes Aufsehen erregt und in der tschechischen Presse findet es einmütige Verurteilung. Es ist nicht ohne Interesse, daß sich diese Einmütigkeit vom „Rude Bravo“ bis zu den Blättern der tschechischen Nationaldemokraten lückenlos erstreckt. Aber es hält nicht schwer, dahinter politische Rücksichten, wenn auch grundverschiedener Art, zu entdecken. Die Zeitungen der Koalitionsparteien wenden sich gegen das freisprechende Urteil angeblich, weil sie befürchten, daß das Ansehen der tschechoslowakischen Justiz im Auslande geschädigt werden könnte, hauptsächlich aber wohl deshalb, weil Daschalev der früheren bulgarischen Regierung Stamboliski nahestand, welche den Staaten der Kleinen Entente wegen ihrer die Friedensverträge respektierenden Haltung als Bundesgenosse erschien, während sie von der neuen herrschenden Richtung in Bulgarien, mit der die Bewegung der Mazedonier in Verbindung steht, im geeigneten Momente eine Bedrohung der durch die Verträge erfolgten Gebietsverteilung auf dem Balkan befürchtet. Man weiß, daß es nach dem Umsturz der Regierung Stamboliskis beinahe zum Kriege zwischen Bulgarien und Jugoslawien gekommen wäre, der nur unterblieb, weil die anderen Staaten der Kleinen Entente schließlich von Jugoslawien abtrüden und dieses wegen der Rücksicht auf Italien sich in den Krieg nicht einlassen konnte. In Jugoslawien herrschte damals gegen die Tschechoslowakei, die sich in die inneren Angelegenheiten Bulgariens um die Gefahr eines neuen Krieges nicht einmengen wollte, einige Mißstimmung und die Ermordung Daschalevs auf dem Gebiete der Republik, wie insbesondere der Freispruch des Mörders, erscheint der Regierung unangenehm wegen der Ausdeutung, welche diese Ereignisse in dem mit der Tschechoslowakei befreundeten und verbündeten Jugoslawien erfahren könnten. Darum die Aufregung in der Presse, die soweit geht, daß einzelne Blätter, darunter das „Bravo Lidu“, eine „Reform“ der Geschworenengerichte fordern.

Es ist überflüssig, zu sagen, daß wir den politischen Mord — und um einen solchen handelt es sich im Falle Nikoloff — verwerfen und für ein schädliches Kampfmittel im politischen Leben halten. Wir haben das im Falle Soupal ebenso gesagt, wie wir es gegenüber der Tat des mazedonischen Studenten wiederholten, und selbstverständlich gilt unser Standpunkt auch gegenüber der Mordtat an dem sowjetrussischen Kommissar Borowski, die gerade jetzt vor einem schweizerischen Gericht zur Verhandlung steht. Nicht ganz so klar ist die Stellung anderer Parteien zu den politischen Attentaten. Es lassen sich hier, je nach der politischen Stellung zu dem jeweiligen Attentäter, auffallende Abtönungen wahrnehmen. Natürlich schließt unsere grundsätzliche Stellung zum politischen Mord nicht aus, die Zusammenhänge der Tat mit den Verhältnissen zu suchen. Da ist es nun unlegbar, daß sich der Prozeß gegen den Mörder Daschalevs auf einem dunklen Hintergrunde abspielte, und daß die Er-

### Die Schwerindustrie macht scharf.

Die Belegmaschinen der Ruhrzonen zum 30. November gekündigt!

Berlin, 15. November. Die Lage im besetzten Gebiete ist überaus ernst. Heute ist auf den Zechen eine Bekanntmachung angeschlagen worden, wonach die Belegmaschinen zum 30. November gekündigt wird. Als Grund für die Maßregel wird angeführt, daß infolge der Erschöpfung der Betriebsmittel und bei den schweren Bedingungen der Besatzungsmächte nicht zu übersehen sei, ob und inwieweit in Zukunft ein Betrieb möglich sei. Es ist gewiß richtig, daß die Werke mit großen finanziellen Schwierigkeiten zu rechnen haben, aber der eigentliche Grund für das rigorose Vorgehen der Unternehmer ist in ihrem Bestreben zu erklären, im Ruhrgebiete die Verhältnisse vor dem Kriege wieder einzuführen und die Arbeiter zu willenlosen Werkzeugen des schwerindustriellen Kapitals zu machen. Auch politische Momente spielen dabei eine Rolle. Die Unternehmer werfen die Arbeiter aufs Pfahler, zugleich aber erklärt die Reichsregierung, daß sie nicht imstande sei, eine Erwerbslosenunterstützung für die besetzten Gebiete zu zahlen. Die Erzeugung der Arbeiter soll gegen die Republik wenden und sie für eine Rechtsdiktatur empfänglich machen. Wenn die Unternehmer und die Reichsregierung den guten Willen hätten, so könnte sich wohl ein Ausweg aus dieser schrecklichen Situation finden; denn während der ganzen Zeit des passiven Widerstandes ist im besetzten Gebiete zum großen Teil unproduktiv gearbeitet worden und immer war es möglich, die Betriebsmittel aufzubringen. Jetzt, wo die wirklich produktive Arbeit wieder beginnen soll, müßte erst recht die Möglichkeit dazu geschaffen werden können, zumal für das putschistische Bayern noch unerlässliche Geldmittel zur Verfügung stehen. Hinter der Maßregelung der Arbeiter steht verbirgt sich auch sicher die Verfolgung der von den deutschnationalen propagierten Anschauung, daß das besetzte Gebiet vorübergehend den Besatzungsmächten preisgegeben werden sollte, da man es angeblich später doch wieder zurückgewinnen werde. Alle diese Pläne würden auf dem Rücken der Arbeiterklasse ausgeführt und es ist zu erwarten, daß es darüber noch zu scharfen Auseinandersetzungen kommen wird. Die Sozialdemokratie wird die Gelegenheit des Wiederbeginnes der parlamentarischen Arbeiten sofort dazu benützen, um dieses gefährliche Spiel der Unternehmer, das zumindest indirekt von der Regierung unterstützt wird, zu durchkreuzen.

### Die Opposition gegen Stresemann wählt.

Die demokratischen Minister drohen mit dem Austritt.

Berlin, 15. November. Die schlechende Kabinettskrisis drängt zu einer Entscheidung. Der Entschluß Dr. Stresemanns, in einigen Tagen sämtliche Unterabteilungen für die Erwerbslosen im Rhein- und Ruhrgebiete einzustellen und dadurch Millionen von Leuten einem ungewissen Schicksale zu überlassen, hat nicht nur in der Sozialdemokratie, sondern auch in der demokratischen Partei und im Zentrum die

örterung der Begleitumstände der Tat einen Hauch übertriebener Balkanlust in den Verhandlungsraum brachte. Es ist ungenügend billig, wie es das kommunistische „Rude Bravo“ tut, das freisprechende Urteil der Geschworenen als Ausfluß faschistischer nationaldemokratischer Gesinnung abzutun. Es steht außer Frage, daß am unglücklichen Volke der Mazedonier unjagbare Greuel verübt wurden, und daß sie sich auch heute nicht „befreit“ fühlen. In ihrer Freiheitsbewegung und nicht, wie das kommunistische Blatt Seite an Seite mit der Koalitionspresse behauptet, in dem Umstand, daß der Attentäter von der neuen bulgarischen Regierung Zankov gedungen wurde, liegt das Motiv der Tat. Es kann auch nicht außeracht gelassen werden, daß weite Teile des Balkans noch in völliger Anklammerung verjunken sind, daß dort der blutige Terror als legaler Ausdruck politischer Meinungsverschiedenheiten gilt, und daß dort, wie der Verteidiger im Prozesse mit recht hervorhob, noch die Blutrache als dem allgemeinen Volksempfinden angemessenes ungeschriebenes Gesetz gilt. Es hält schwer, auf die Zustände und Menschen dort den stillen Vermaßstab westlicher Kultur anlegen zu wollen. So ist es auch ein Kunstgriff und kein ersaubter, die frühere Regierung Stamboliskis grundsätzlich in Weiß zu malen. Es gab eine Zeit, da wütete geradezu die kommunistische Presse gegen die Regierung Stamboliskis, weil sie die Kommunisten und Sozialdemokraten drangalierte, und noch der Sturz der Regierung wurde von ihr mit Genugtuung begrüßt, und sie änderte erst später ihr Urteil. Wahr ist, daß auch die Regierung Zankov, die in der Bevölkerung keine Mehrheit besitzt, eine ebenso gewalttätige ist, wie ihre Vorgängerin, es ist gewiß auch richtig, daß Zankov nach Balkanmanier keine politischen Gegner mit blutigem Terror verfolgt, aber darum war die frühere Regierung noch nicht besser, und das

schärfste Opposition hervorgerufen. Diese drei Parteien machen aus dieser ihrer ablehnenden Haltung auch kein Hehl mehr und noch in den späten Abendstunden des heutigen Tages sprachen Vertreter der demokratischen Reichstagsfraktion beim Reichstagsklub vor, um ihm gewissermaßen den bevorstehenden Austritt der zwei demokratischen Minister aus dem Kabinette anzukündigen. Endgültige Beschlüsse werden freilich erst in der morgigen Vormittagssitzung der Fraktion gefaßt werden, wenn die Aeußerung des Reichstagsklub vorliegen wird. Es darf aber jetzt schon als sicher gelten, daß das Kabinett Stresemann die nächste Woche kaum mehr überleben wird.

rechtfertigt auch nicht, den Prozeß und das gefällte Verdikt dazu auszunützen, den Gegnern der Geschworenengerichte Wasser auf die Mühlen zu treiben.

Nach dem Wortlaut des Gesetzes wäre Nikoloff unsehbar verurteilt worden. Es ist nicht das erste überraschende Verdikt, das Geschworenen entgegen den Bestimmungen des Gesetzes gefällt haben. Dieses Recht der Volksrichter galt stets als ein notwendiges Korrektiv des toten, grausamen Buchstabens, der ohne Rücksicht auf alle Nebenumstände, die unbedingte Schuldspredung des Angeklagten fordert. Die Tat Nikoloffs ist nicht nur wegen der Vernichtung eines Menschenlebens bedauerlich, sondern auch, weil darin eine Verletzung des Asylrechtes liegt. Es muß anerkannt werden, daß die Tschechoslowakische Republik Flüchtlingen aus allen möglichen Ländern Gastrecht gewährte. Die Tat Nikoloffs bedeutet eine Schädigung dieser durch ihre politische Tätigkeit Heimatlos gewordenen. Mit dem gefällten Urteil hat dies aber nichts zu tun. Es hieße das Kind mit dem Bade ausgießen, wegen dieses Spruches eine Verjährung der Kompetenz der Schwurgerichte zu befürworten. Wenn an den Geschworenengerichten etwas bemängelnswert ist, so der Umstand, daß auch die Geschworenen unter dem Einfluß politischer Strömungen und Gesinnungen stehen. Aber wer wollte behaupten, daß die Berufsrichter stets davon frei sind, daß sie über allen Klassenvorurteilen und allem Parteihader stehen, und daß sie stets nur das „reine Recht“ sprechen! Die Geschworenen ließen sich offenbar von der Jugend des Angeklagten, von dem Umstand, daß er unter starkem Zwange handelte, und von der Beurteilung der Balkanverhältnisse leiten. Das mag gewisse politischen Gesichtspunkte widersprechen, ein Grund, das Prinzip der Volksgerichte zu durchlöchern, ist es nicht!

### Ein unrentables Ausfuhr-geschäft.

Von A. Ingow.

Während genaue Angaben über die diesjährige russische Ernte noch nicht vorliegen, stellt sie sich nach optimistischen Berechnungen des Zentralen Statistischen Amtes auf eine Höhe, die im Durchschnitt hinter der der vorjährigen Ernte um etwa zehn Prozent zurückbleibt und die Bedarfssiffer um 500 bis 600 Millionen Pud unterschreitet. (Ein Pud = circa 16,4 Kilogramm). In der sowjetischen Presse mehren sich die Klagen über Mängel in ganzen Bezirken und Gouvernements.

Könnte es auch anders kommen? Konnte es anders kommen nach zwei Jahren Hungersnot, bei erschöpften ungedüngten Aekern, Mangel und schlechter Qualität der Samen, bei Mangel an Düngern und landwirtschaftlichen Geräten?

Die Räteregierung ist indes über alle Unbill des Lebens erhaben. Der Staat muß die Getreideausfuhr zur Tatsache machen und es gilt, dieses eherne Ruch rücksichtslos durchzuführen. Durch den Lebensnot der Getreideausfuhr gekräftigt, werde, so meint Krassin, der Wirtschaftssachmann der Regierung, Rußlands gesamte Volkswirtschaft neu ersehen.

Durch den staatlichen Apparat wird Getreide zu Ausfuhrzwecken aufgekauft und auf den Weltmarkt gebracht. Ausgeführt wird allerdings nicht der „aufgespeicherte Ueberschuß der Volkswirtschaft“, sondern das in den wenigen Bezirken mit guter Ernte erworbene Getreide, daselbst Getreide, womit die notleidenden Bauern der Krim aber des Gouvernements Archangelst vor dem Hungertode gerettet werden können. Wir übergehen in diesem Zusammenhang die Frage, ob der Staat bei seinem Getreideaufkauf keine Mittel ungenutzt läßt, um die Ernährung der hungernden Bevölkerung innerhalb des Landes sicher zu stellen, und um wieviel Millionen sich die Zahl der Hungernden infolge der systematischen Unterdrückung jeglicher freien Initiative der Öffentlichkeit auf dem Gebiet der Distributionsvermehrung.

Wir unterstellen als wahr, daß die Sowjetregierung gezwungen ist, das im Innern des Landes unentbehrliche Getreide auszuführen. Die Sachlage wäre aber auch in diesem Fall so klar, daß nunmehr die offizielle Deuterei des Herrn Kamenev mit seiner Behauptung, daß „das für die Ernährung der werksätigen Bevölkerung notwendige Getreide nicht ausgeführt werden würde“, ad acta gelegt worden ist.

„Die Getreideausfuhr wird dennoch dank dem Rückgang des Bedarfs durchgeführt werden. Im Verlauf der Hungerjahre hat es die Bevölkerung gelernt, mit dem Brot sorgsamer umzugehen und es wirtschaftlicher zu konsumieren“, schreibt, sich im amtlichen Journale wiegend, „Ekononikesoje Chozrenije“ („Wirtschaftliche Rundschau“, Nr. 6). Hunderttausende von Todesfällen infolge Hungers, Brot aus Lehm und Baumrinde, das sind die besten Zeugnisse dafür, auf welche Weise die Bevölkerung das „Lehrgeißel“ zu bezahlen hatte, und welches die Grenzen der gepriesenen „Sorgfalt“ waren.

Heute spricht freilich auch Stellov, der Chefredakteur des sowjetischen Regierungsorgans, nicht mehr von der „Eroberung der ausländischen Märkte mit russischem Getreide“. Es sind keine Hunderte von Millionen, sondern insgesamt 45 Millionen Pud, die im Oktober 1923 ausgeführt worden sind. Immerhin hat die Ausfuhr tatsächlich begonnen.

Nun, wie wird sie durchgeführt? Wie beeinflusst sie die russische Volkswirtschaft? Als der zwölfte Parteitag der Kommunistischen Partei Rußlands die Getreideausfuhr als tagesspolitische Lösung proklamierte, wurden zwei Aufgaben in den Vordergrund gerückt. Zum ersten sollten die niedrigen Getreidepreise gehoben, die Kaufkraft der Bauern erhöht und diese dadurch zur Hebung ihrer Wirtschaft angereizt werden. Zweitens aber sollten der Staatskasse neue Mittel in größeren Ausmaßen zugeführt werden, um dem Staat die Unterstützung der untergehenden Großindustrie zu ermöglichen.

Der Beginn der Getreideausfuhr liegt schon einige Monate zurück. Die Getreidepreise fallen jedoch weiter gerade in den letzten Monaten in besonders beschleunigtem Tempo. Diese Erscheinung wird als rätselhaft und unerklärlich hingestellt, ist aber in Wirklichkeit sehr wenig kompliziert. Einen freien Warenmarkt für größere Mengen Getreide gibt es — innerhalb des Landes — nicht. Der einzige Großhändler von Getreide ist der Staat. Durch die Organisation eines nahe-

zu monopolartigen Einkaufsapparaten) schreibe ich dem Bauer seine eigenen Preise vor.

Trotz der klar erkannten Aufgabe der Förderung des Wohlstandes der Bauernschaft sind die Preise, die die staatlichen Wirtschaftsorgane für das Getreide zahlen, aus Gründen, über die weiter unten noch einiges zu sagen ist, außergewöhnlich geringe.

Während also die Weltmarktpreise für Getreide gegenüber dem Vorkriegsstand um 80 bis 100 Prozent gestiegen sind, erreichen die Getreidepreise in Russland nur mehr 56 bis 70 Prozent der Preise von 1914.

Man besage „im Vertrauen“ einen gewissenhaften sowjetischen Wirtschaftler oder den Geschäftsführer einer noch nicht ganz verstaatlichten Genossenschaft.

Es ist bei einer solchen Politik kein Wunder, daß die Getreidepreise nicht steigen, daß die berühmte „Sowjetische“ (Der Schmittwinkel zwischen den Preiskurven für landwirtschaftliche und Industrieerzeugnisse) sich immer weiter öffnet, daß der Bauer seinen Bedarf an Textilwaren, Schutzeug und landwirtschaftlichen Geräten nach wie vor mit ganzen Fuhrn Getreide zu beschaffen hat und von dem erwarteten Aufschwung der Landwirtschaft und der Industrie kaum etwas zu verspüren ist.

1) Alle einkaufsberechtigten Organisationen sind in der staatlichen Vereinigung „Exportkreda“ zusammengeschlossen.

2) Von einer Konkurrenz der privaten Einkäufer kann im Großhandel keine Rede sein, weil die privaten Einkäufer einerseits die zum Getreidetransport notwendigen Beförderungsstellen nicht erhalten, es aber andererseits für rentabler halten müssen, als Vermittler und Abnehmer von staatlichen Wirtschaftsorganen und Genossenschaften aufzutreten.

3) Für ein Pud Roggen erhält der Bauer zirka einen Meter Kattun oder ein halbes Pud Salz. Ein Paar Stiefel kostet fünf bis sechs Fuhrn Getreide. („Pravda“ vom 30. September).

Welches ist nun der Grund jener überaus niedrigen Getreidepreise der staatlichen Einkaufsorgane? Es ist dies die Höhe der Unkosten der staatlichen Ausführungsorgane, die die Einkaufspreise künstlich niedrig hält, da das russische Getreide sonst auf dem Weltmarkt nicht abzulassen wäre.

Als Maßstab für die Preisbildung auf dem Weltmarkt kommen in erster Linie die Preise für amerikanisches, argentinisches und Kanadagetreide in Frage. Sie stellen sich augenblicklich bei fallender Tendenz auf 1.2 bis 1.8 Goldrubel pro Pud. Da nun in Russland „die Unkosten“ pro Pud trotz aller Nachprüfungen, Kontrollfeldzüge und Revisionen 80 bis 90 Goldpopen ausmachen, kann der Produzent nicht mehr als 40 bis 50 Goldpopen pro Pud beanspruchen.

Um im gesteigerten Maße ausführen zu können, mußte nun die im Laufe des Bürgerkriegs zerstörten Verkehrswege, Beförderungsmittel, Getreideelevatoren, Lagerräume, Häfen, die Fluß- und Seeschifffahrt mit größter Beschleunigung wieder instandgesetzt bzw. wieder in Gang bringen. Das alles ist verstaatlicht. Die ungeheuren großen Reparaturkosten müssen also vom Staate aufgebracht werden.

Die Weltmarktpreise zu erhöhen, ist die Regierung nicht in der Lage, die Unkosten herabzusetzen sind die „roten“ Kaufleute nicht inlands, häufig auch nicht gewillt. Und diese Größen sind es, die bestimmend auf die Kalkulation jener Gnadenpennie einwirken, die der russische Bauer für das Produkt seiner Arbeit erhält.

Der Staat? Weder der Eine noch der Andere. Den Profit hat irgendein lahmender Dritter. Dessen Name ist — Deros der ursprünglichen Akkumulation oder, moderner ausgedrückt, der „rote“ Schieber, der Sowjetbourgeois.

**Der Rücken der Arbeiter.** ist der selbstlose grüne Tisch, auf welchem die Unternehmer und Spekulanten das Glücksspiel spielen, zu welchem die heutige Produktion geworden ist. La Falle.

### Die Budgetberatung.

In der Nacht von Mittwoch auf Donnerstag sprach im Budgetausschuß die Minister Beneš und Švebha. Ihre Reden wurden erst gestern vormittags von der Parlamentstribüne, so daß wir sie, gleich allen anderen Prager Tageszeitungen, erst heute wiedergeben können.

### Außenpolitische Fragen.

Minister Dr. Beneš

berichtet zunächst über die Tätigkeit der Auslandsvertretungen. Der Minister würde damit übereinstimmen, daß die Einnahmen der Konsulate aufgehoben werden und daß die Passvisen und damit auch die Einnahmen nicht beständen. Aber in dieser Beziehung müsse die Reziprozität verfolgt werden, wir müssen uns mit den übrigen Staaten verständigen.

### Die Auslandspropaganda.

Soweit es sich um die Propaganda handelt, meint der Minister, daß, wenn die einzelnen Herren der deutschen Parteien weniger ins Ausland gingen und weniger dort unmögliche Dinge von unserer Republik erzählten, müßten wir nicht so viel für Propaganda, Wege und informatorische Veröffentlichungen über die Tschechoslowakische Republik ausgeben, welche all diese Erzählungen auf das richtige Maß zurückführen müssen. Sie und wir selbst würden dabei viel Geld sparen und es wäre dies nur zum Vorteile der Republik.

### Die russischen Emigranten.

Bezüglich der russischen Emigration meint der Minister, daß es in der Tschechoslowakei etwa 7000 russischer Studenten gibt, von denen etwa 4300 an der Universität und der Technik studieren. Weiters sind russische Studenten an Mittelschulen, Berufs-Schulen, Lehrerbildungsanstalten und Fachschulen instruiert. Bei dieser Emigrationspolitik hat das Außenministerium und überhaupt die tschechoslowakische Regierung a priori jede politische Frage ausgeschlossen und bei der Bewilligung des Stipendiums für die russischen Studenten die Bedingung gestellt, daß sie sich überhaupt nicht mit politischen Fragen befassen dürfen.

genügt werden könne. Unsere Emigrationspolitik sei also von absoluter Objektivität diktiert, sie sei für die Zukunft gedacht und sei unrichtig. Sie würde keine konterrevolutionären Aktionen dulden, ebensowenig sei sie gegen die Politik anderer politischer Parteien gerichtet. Sie ziehe einfach die ganze Nation in Betracht. Das Außenministerium forsche gleichzeitig für die russische Emigration im Auslande, wenn auch nicht in jener Form, wie um die russische Emigration bei uns, aber dadurch, daß es mit ihr Kulturbeziehungen antnüpfe. Auf diese Weise sei Prag und die Tschechoslowakei überhaupt ein wirkliches Zentrum der russischen Auslandskultur geworden.

### Die Koalition.

Ministerpräsident Švebha

fragte mit Rücksicht auf einige Angriffe auf die Koalition, daß die Koalition in allen demokratischen Staaten ein ganz normales Gebilde sei. Überall werde eine Majorität gesucht, weil nur auf diese Weise eine parlamentarische Regierung aufgebaut werden kann. Der Vorwurf der Verschiedenartigkeit, welcher der Majorität gemacht wird, sei nicht am Platze. Jener, der glauben würde, daß Verschiedenheit der Koalition ihre Schwäche sei, irte sich. Im Gegenteil, darin liegt die Kraft der Koalition, daß jede Frage in ihr von den verschiedensten Standpunkten aus behandelt wird. Eine solche Beurteilung einer jeden Frage garantiert ein erhöhtes Verantwortlichkeitsgefühl und die moralische Kraft des Ergebnisses.

Der Ministerpräsident erklärt bezüglich der Statistik über die letzten Gemeindevahlen, daß eine genaue Statistik darüber aus wissenschaftlicher Grundlage nicht möglich sei, weil die Wahlen nicht überall durchgeführt wurden. Es gibt Gemeinden, in denen sie bereits früher durchgeführt wurden, in anderen Gemeinden gab es überhaupt keine Wahlen, anderwärts wieder vereinigten sich alle Parteien und überreichten eine gemeinsame Kandidatenliste.

Der Budgetausschuß setzte in seiner gestrigen Sitzung die Spezialdebatte fort. Behandelt wurde das Kapitel „Ministerium des Innern“ und „Ministerium für öffentliche Arbeiten“.

### Genosse Hakenberg.

Er bedauerte zunächst, daß der Ministerpräsident zahlreiche Anfragen in seiner gestrigen Rede unbeantwortet gelassen hat. Die Koalition ist etwas Ungesund. Wir wissen, daß sich ein Totkranker oft über seinen Zustand täuscht, oft glaubt er, er sei auf dem Wege der Genesung, sehr häufig aber ist es vorgekommen, daß er, anstatt zu genesen, begraben wurde.

im heutigen „Sozialdemokrat“ eine Rede, in der darauf verwiesen wird, daß es mit der Ge-

## Florian Geyer.

Einführung im Deutschen Theater am 15. November 1923.

Das Entscheidende bei Hauptmann ist, daß er die Wirklichkeit liebt. So wie Spinoza, so wie Goethe sie geliebt hat: in der Natur, in jedem ihrer Teile, in ihrem besten Teil, dem Menschen. Er ringt sie nicht erst ab, sie ist ihm nicht Idee, sie ist in ihm, in allen Menschen, die er gestaltet. Die einen haben sie instinktiv, die anderen kraft ihrer menschlichen Vernunft, aber alle haben sie. Und wenn sie irgendwie verloren zu gehen droht, dann entsteht die Sehnsucht nach der Natur; das ist die Sehnsucht, die keine Menschen haben, das Starke und Schwache in ihnen, das rein Menschliche, das aktiv und passiv zugleich ist. Das Aktive an ihnen ist allerdings nicht das Aufeinanderstürmen zu einem positiven Endbau hin, vielmehr ein schöpferisches Mitleiden. So gibt es bei ihm keinen Helden im strengen Sinne des Wortes, sondern Menschenschöpfe, deren Tun eine Reaktion des Schmerzes bedeutet. Diesen Gestalten muß jedes Pathos fehlen. Trotzdem oder gerade deshalb wirken sie umso erschütternder, sie, welche die Sehnsucht brennt und verbrennt.

Ein Dichter, der seine Geschöpfe mit dem Grundzug des Mitleids erfüllt, muß selbst dieses Mitleid mit den „Andern der Welt“ (Hauptmanns Lieblingswort) in seinem Herzen tragen. Dieses Mitleid befähigt ihn, von seinem eigenen Ich abzurücken und sich in das Leben der anderen zu versetzen, mag dieses Leben jetzt oder einst gewesen sein. Deshalb konnte Hauptmann — vielleicht als einziger unter den modernen Dichtern — das historische Drama schreiben. Denn das historische Drama erfordert, daß sich seinem Dichter das eindeutig bestimmte Angesicht der ihm anhaftenden Zeit entülle, daß der Dichter seine persönlichen

Seelengrenzen sprengt, daß er in Demut die Wirklichkeit der historisch gewordenen Menschen aufersuchen lasse. Das ist echter Realismus. Dann wird wieder alles Geschichtliche übergeschichtlich, d. h. in das rein Menschliche gehoben.

Alle diese Voraussetzungen erfüllen sich im „Florian Geyer“. Florian Geyer ist der reine Spiegel der Natur, ihr Urbild und Abbild zugleich. Das ist in dem Wort des Rektors Bejenmeyer ausgesprochen: „Ein brennendes Recht fließt durch sein Herz.“ Daraus ergibt sich sein unbedingtes Eintreten für das Rechte, für die Natur — oder wie es damals hieß: für die Freiheit des evangelischen Menschen. Deshalb hat er Mitleid mit allen Unterdrückten: mit den Bauern, die an Leib und Seele gehandelt werden, mit dem Blinden, der ihn verflucht, mit dem alten Juden Jöselin, mit allen, die rechtlos durch ihre Unterdrückung werden. Gegen die Unnatur fürstlicher und päpstlicher Menschenhändler steht er, der reine Mensch, da, mit der Sehnsucht im Herzen, stolpert dabei über unreines Gestrüpp im eigenen Lager: niederen Adel und selbstsüchtiger Demagogentum verantwortungsloser Volksführer. Schmerzlich erkennt er die Ohnmacht, die den Menschen verurteilt, unrein zu sein. Die Unreinheit überflutet ihn. Er gesteht es ein, indem er vor seinem letzten Gang sagt: „Deutschland ist ein gut Land, ist aller Länder Arzene, hat Gold, Silber, Brot und Wein genug, zu erhalten dies Leben reichlich. Aber es ist der Zwietracht kein Ende.“ Die Pfaffen hnden es, die Fürsten zerkleinern es. Aber Pfaffen, Fürsten und Jünger und Weiser scheren von seinem Mark. Ich hab' gedacht, ich wollt' Wandel schaffen. Wer bin ich, daß ich's wollt'?" Mit dieser Schmerzhaftigkeit aller Erkenntnis im Herzen rüstet er sich ohne jedes Pathos zu seinem Märtyrertod. Nicht als Hebermenschen, sondern als Individualität Mensch Florian Geyer, dem die Unzulänglichkeit des Menschlichen als letzte Offenbarung zuteil wird.

Wer aber trägt die Schuld? Das ist hier ganz klar, Geyer spricht es deutlich aus: die Unnatur, Schmutz der Fürsten und Pfaffen. Es ist ganz falsch, zu denken, daß hier Hauptmann zeigen will: ein Mensch geht durch die Masse an sich zu Grunde, weil er sich von der Masse leiten läßt. Und dann wird bequem weiter gefolgert: diese gefährliche Anschauung rächt sich; denn er beherrscht nicht die Masse. Anarchie tritt ein. Deshalb — ein oberer Wille muß ein. Eine solche Deutung geben heißt: bewußt nicht nur den Sinn dieses Einaktermas, sondern Hauptmanns (zumindest damalige) Einstellung zum Problem: Masse und Mensch verstehen. Masse — das sind die Unreinen, Adel und Pfaffen und die unrein Gemachten, der Großteil der Bauern und Bürger. Das wird im Vorspiel deutlich, da Wolf von Hounstein die Sache der Bauern gegen die Ritter vertritt. Die Schuld am Untergang Geyers, soweit sie menschlich greifbar ist, liegt an der Unnatur, die sich in der Verbindung von Kirche und Adel offenbart. Das ist die Tragödie Florian Geyer. Hauptmann — noch einmal sei es gesagt — ist Realist und verkündet hiemit die furchtbare aller Realitäten.

Diese Wirklichkeit dringt bis in die Sprache, nicht im Sinne einer philosophischen, sondern einer körperlichen Wirklichkeit, wie sie der Deutsche Luther gegen spießbürgliche Begriffbestimmungen einer schlechten Kirchensprache aus dem deutschen Volk heraus erschaffen hat, nämlich, den Menschen mit Hand und Fuß anhaftend. Erlebnis und Wort sollen hier eine Einheit bilden und bilden sie auch. So wurde die Sprache ein notwendiger Bestandteil dazu: „Eine Zeit treten beschworen zu haben; an dieser bestimmten Zeit das Allgemeine, das Menschenverbindende, das Ewige sichtbar gemacht zu haben.“

Das alles muß in der Aufführung eines so gewaltigen Werkes, wie es der „Florian Geyer“ ist, festgehalten werden.

Es war auch erst die Arbeit, die gestern abends geleistet wurde. Die Linie, welche der Berliner Regisseur Martin wählte, ist streng gotisch. Der Geist des deutschen Volkes im sechzehnten Jahrhundert offenbart sich in Wort und Bild. Die Bühne erwies sich für diese Gewalt zu klein. Martin scheint an größere Räume gewöhnt zu sein, in denen das hier zu laut gesprochene Wort weit gedämpft klingt. Aber alles in allem — es war eine Einheit, die, wie man sieht, auch mit Prager Mitteln sehr gut erreicht werden kann. Die meisten Striche lagen wohl. Unberechtigt erscheint es, Szenen auszulassen, die das revolutionäre Element des Dramas betonen. Oder fürchtet man, Pfaffen, Fürsten, Jünger und Weiser der Gegenwart zu beleidigen? Ebenso schade ist es, daß die Bauernzene des letzten Aktes entfiel. Wenn man einmal, so wie im zweiten und dritten Akt, sogenannte wirkungslose Augenblicke lähmen, so liegt das mehr im Epischen des Werkes als im Verfagen der Regie. — Die Darsteller leisteten weit mehr, als gewöhnlich; man spürte, daß sie gut geführt wurden. Herr Pitschan als Florian Geyer erscheint in seiner Größe, in der Treueherzigkeit seiner Mienen und seines Ausdrucks sehr glaubhaft. Etwas mehr milde Schmerzlichkeit würde die Rolle allerdings ertragen. Ueber alle Erwartung prachtvoll geriet der Löffelholz des Herrn Reiner, passend war der Tellermann des Herrn Reinhardt. Die Rolle der Woiw war dem Fräulein Roiner anvertraut. Sie ist vielleicht die einzige, die die wirkliche Sprache der Zeit beherrscht. In den wenigen Szenen, die diesem „Räthchen Meists“ geweiht sind, war sie erschütternd. Fräulein Herder ist unbedingt in dieser Art von Rollen wie hier am rechten Platze. — Der starke Beifall des beinahe das ganze Theater füllenden Publikums verrät ehrliche Begeisterung.

Sundheit der Koalition nicht so beschaffen zu sein scheint, wie der Herr Ministerpräsident annimmt.

Es ist ein ungeheurer Widerspruch, wenn der Herr Ministerpräsident behauptet, daß es unter den gegebenen Umständen für eine sozialistische Partei leicht sei, Opposition zu machen, und wenn er gleich im nächsten Satz die Opposition höhnt, daß sie sich ungeheure Mühen geben müsse, um dem Vorschlag Fehler und Mängel zu entdecken, um ihre oppositionelle Stellung zu begründen.

Gerade dieses Budget enthält viele Mängel. Wenn die Mehrheit davon überzeugt ist, daß alle sachlichen Anträge überflüssig sind, dann ist es leicht begreiflich, daß das Interesse am Parlamentarismus sinkt. Es liegt aber kaum im Interesse des Staates und der Demokratie, den Parlamentarismus zu untergraben, und das Parlament zu einem Komödienthaus zu machen. Es gilt ja hier nicht die Mehrheit, sondern es gilt die Entscheidung, die einige wenige hinter den Kulissen treffen. Haben wir es je in Österreich erlebt, daß man an den Ziffern des Budgets festhielt? Das soll der Ministerpräsident in Erinnerung haben, wenn er von der Demokratie spricht! Wir wollen die Ergebnisse der Gemeindevahlen wissen. Der Ministerpräsident aber will es den Parteien verlassen, sich ein Urteil zu bilden und sich selbst eine Zusammenstellung zu machen. Der Herr Ministerpräsident hat den Zustand, daß in tausenden von Gemeinden gemeinsame Kandidatenlisten aufgestellt wurden, als höchstes Ideal bezeichnet. Ich weiß nicht, ob es das Idealste ist, Wahlen überhaupt überflüssig zu machen.

Jahrelang beschwerten wir uns über das Bodenamt und jetzt sagt uns der Ministerpräsident, daß die Regierung darüber berät. Das kann uns nicht befriedigen. Ein großer Fehler ist auch die Tatsache, daß die Kompetenzgrenzen der einzelnen Ministerium noch immer nicht festgesetzt sind. Die politischen Ämter erster und zweiter Instanz sind Vollzugsorgane aller Ministerien. Wir sind mit der ganzen Gesetzespraxis unzufrieden. Es ist schändlich für den Staat, daß bei uns noch immer die alten österreichischen Gesetze herrschen, wie das Prügelpatent, das Vereins- und Versammlungsgesetz und dies umso mehr, als die reaktionären Bestimmungen der Gesetze streng durchgeführt werden. Redner fordert eine durchgreifende Aenderung der Konstitutionspraxis. Bei der Erteilung der Staatsbürgerschaft machen sich Instanzen geltend, die ganz unberechtigter Weise die Entscheidung der politischen Behörden beeinflussen. Es ist nicht im Interesse des Staates, die Staatsbürgerschaft Leuten zu bestreiten, die hier jahrzehnte lang leben. Sackenberg setzt sich weiter für die Aufhebung der Passpflicht ein und schildert die Praxis der politischen Ämter in Sachen der Strafenotfellen. Er hält dem Ministerium so wie voriges Jahr vor, daß Gendarmerie und Polizei allerlei Aufgaben haben, wodurch deren eigentliche Aufgaben leiden. Polizei und Gendarmerie sind ungenügend bezahlt. Die Staatspolizei genügt aus verschiedenen Gründen nicht. Dabei sind die Kosten für die Staatspolizei größer als die einzigen Kosten für die Kriminalpolizei. Unsere Partei hat zu diesem System kein Vertrauen und wird daher gegen dieses Budget stimmen.

**Zeitungslostoplage — Hausierhandel.**

Von andern Rednern war eine Mitteilung, die der tschechische Sozialdemokrat Remes machte, bemerkenswert. Remes gab bekannt, daß ein tschechischer sozialdemokratischer Kolporteur im Böhmer Gebiet wegen Verdrängung der „Nova doba“ verfolgt und von Gendarmen zum Gericht geholt wurde. Remes beschwerte sich über diesen Vorgang beim Innenminister, welcher ihm mitteilte, daß das Einbringen nach den Bestimmungen des Hausiergesetzes berechtigt war, weil der Kolporteur unbefugten Hausierhandel mit der „Nova doba“ getrieben habe.

**Gewisse Klagen**

erklärt, daß im Budget des Arbeitsministeriums sehr viel unproduktive Ausgaben enthalten sind. Bei der Besprechung des Beschlusses für Ausschiffen weist Redner darauf hin, daß ein großer Teil dieser Ausgaben für Militärwecke gedacht ist. Auch die Ausgaben für die Erhaltung der Militärgelände sind unproduktiv.

Minister Seba beschäftigte sich mit den Ausführungen der einzelnen Redner und erläutert sodann Schiffsverkehrsprobleme. Auch die Ausführungen M. Wypet. s brachten nichts neues.

Infolge des mehrwöchigen Vorgehens des Vorlesenden, der unzeren Genossen, die sich über die Art der Verhandlungen und insbesondere die rasche Durchschickung der einzelnen Kapitel beschwerten, bescherte, um 7 Uhr die Sitzung zu schließen, aber bereits einem Viertel einige Minuten vor 7 das Wort zum Bericht über das folgende „Bericht über den „Kommunisten““ erstellte, verließen unsere Abgeordneten zum Zeichen des Protestes den Sitzungssaal. Daraufhin unterbrach der Budgetausschuß seine Beratungen.

**Der Streik der Berliner Buchdrucker.**

Be. lin, 15. November. Der Streik der Buchdrucker steht vor dem Zusammenbruch. In der Reichsdruckerei ist die Arbeit bereits in großem Umfange wieder aufgenommen worden und auch die „Vossische Zeitung“, wenn auch in reduzierter Maße, sowie der im Schreiberlosg erscheinende „Tag“ ist heute wieder erschienen. Die Einigungsversuche, die heute wieder im Arbeitsministerium unternommen worden sind, sind jedoch leider gescheitert.

**Die Jaworina-Frage vor dem Internationalen Gerichtshof.**

Haag, 14. November. (Tsch. B. B.) Die heutige Sitzung des ständigen internationalen Gerichtshofes wurde mit einer Rede des tschechoslowakischen Delegierten Prof. Krémá F eingeleitet. Er sprach die Befriedigung aus, daß die Uhrrentfrage, die zwei benachbarte und befreundete Staaten entzweit, vor die ruhige Atmosphäre des internationalen Gerichtshofes gekommen ist, und ersuchte die Vorstehenden, den Legationsrat Dr. Arno das Wort zu erteilen.

Das Exposé Dr. Arno war vor allem der Kommentierung der Entscheidung der Vörschasterkonferenz vom 28. Juli 1920 gewidmet und legte dar, welchen Sinn diese Entscheidung einzig und allein auf Grund aller Methoden der wissenschaftlichen Interpretation haben könne. Er ging weiter auf die Erläuterung des Schreibens der Vörschasterkonferenz vom 13. November 1922 ein, und legte dar, daß diesem Dokument kein anderes Gewicht beigelegt werden könne, als ihm nach den oben erwähnten Prinzipien der wissenschaftlichen Auslegung gebührt. Redner begründete ferner eingehend die These, daß dem Schreiben vom 13. November nicht der Charakter einer authentischen Auslegung beigegeben werden könne. Der Schluß der Auseinandersetzungen am Vormittag und die gesamte Darlegung am Nachmittag war der Erläuterung der Entscheidung der Vörschasterkonferenz vom 2. Dezember 1921 gewidmet. Redner führte eingehend aus, welcher Sinn einzig und allein dieser Entscheidung beigelegt werden könne: daß nämlich das Modifikationsrecht der Vörschasterkonferenz betreffend die Zipser Grenze durch die erwähnte Entscheidung ausgeschlossen wurde. Die weitere Darlegung betraf die Frage, ob die Entscheidung vom 2. Dezember, wenn ihr diese Auslegung gegeben wird, eine Ueberschreitung der Kompetenz der Vörschasterkonferenz bedeutet. Die Behauptung dieses „exces du pouvoir“ stützt sich auf die These, daß die Vörschasterkonferenz am 2. Dezember die Propositionen der Delimitierungskommission nicht in Händen hatte und daß also kein Grund für die Entscheidung der Vörschasterkonferenz nach Art. 11, Absatz 3, der Entscheidung vom 28. Juli 1920 gegeben war.

Dr. Arno legte eingehend auseinander, daß das Dokument vom 5. Juli 1921, d. i. die Zusage des Obersten Uffler mit Beilagen, was seinen Inhalt betrifft, eine Proposition im Sinne des zitierten Artikels 11, Absatz 3 ist. Er legte ferner dar, daß das Dokument vom 5. Juli als ein Akt angesehen werden müsse, der von der Delimitierungskommission stammt. Und schließlich machte er darauf aufmerksam, daß — wenn, was aber nicht der Fall sei, ein Fehler in dem Verfahren geschehen wäre, dieser Fehler dadurch korrigiert wurde, daß das Verfahren nicht rechtzeitig in Kraft gesetzt wurde. Der Schluß der Ausführungen Arno war dem Hinweis auf einige Mängel der unter Anleitung der polnischen Regierung hergestellten Landkarten gewidmet.

Der polnische Delegierte bemühte sich in seiner Replik zu beweisen, daß der tschechoslowakische Vertreter eine ganz andere Deduktionsmethode verfolgte als die Methode der polnischen Regierung sei und logisch zu anderen Konklusionen komme. Der Hauptfehler der tschechoslowakischen Regierung ist, daß sie den Entscheid des Obersten Rates vom 11. Juni 1920 für richtunggebend und in einem bestimmten Sinne für die Vörschasterkonferenz bindend erachtet. Was die Landkarten und deren Legenden betrifft, zitiert der polnische Vertreter Art. 27 des Friedensvertrages von Trianon und weist auf einige Mängel der offiziellen Landkarten hin. Er bestreitet neuerdings dem Dokument vom 5. Juli 1921 den Charakter einer offiziellen Aushandlung der Delimitierungskommission. Im übrigen hat die polnische Regierung durch Vermittlung ihrer Pariser Legation gegen jenes Dokument mit Zuschrift vom 29. November 1921 protestiert.

Die mündlichen Verhandlungen schlossen mit zwei sachlichen Bemerkungen Arno und dem Hinweis auf einige Ungenauigkeiten der Auslegung des polnischen Delegierten betreffend die Landkarten. Heute wurden die mündlichen Verhandlungen abgeschlossen. Freitag kommt es wahrscheinlich zur ersten Deliberation des Gerichtshofes, der wahrscheinlich Samstag oder Montag Erläuterungen beider Delegationen abverlangen wird. Der Spruch wird später gefällt werden.

**Arbeitsverhältnisse in der Textilindustrie vor 60 Jahren.**

Es gibt unter den Arbeitern leider sehr viele, die keine Ahnung davon haben, unter welchen Verhältnissen die Arbeiterschaft ihren Lebenskampf führen mußte zu einer Zeit, als sie noch keine Organisationen hatte und infolgedessen als eine ohnmächtige kampfunfähige Masse alles über ergehen lassen mußte, was Staat und Unternehmertum ihr diktierte. Besonders jene Arbeiter — und das ist ja heute bereits der größte Teil — die erst in den letzten Jahrzehnten, wo die Verhältnisse bereits fortschreitend eine Besserung erfahren haben, in den Arbeitsprozeß hineingezogen worden sind, wissen von den traurigen Zuständen, unter denen ihre Älteren und bereits verstorbenen Klassengenossen in den Betrieben frohden mußten, eigentlich nichts, wenn sie nicht aus der Geschichte der Arbeiterbewegung sich darüber Aufklärung verschafft haben. Diese Arbeiter wissen nichts von der überlangen Arbeitszeit, von der Nacharbeit der Frauen und Kinder, von den hohen Strafen bei den geringsten Versehen im Betrieb, von der brutalen Behandlung der Arbeiter durch Unternehmer und Betriebsangestellte, von den Anordnungen durch die Behörden, die jedes Befahren der Arbeiter nach Lockerung ihrer Fesseln mit den staatlichen Nachmitteln brutal unterdrückten und so mißachten, die Arbeiter, oft in der Notmöglichkeit und Hörigkeit der Unternehmer zu erhalten.

Diesen jüngeren Arbeitergenerationen gegenüber ist es daher notwendig, von Zeit zu Zeit wieder einmal aufzuzeigen, welcher Unterschied zwischen damals und heute in Bezug auf die Arbeitsverhältnisse besteht und was die Arbeiterschaft in dieser Zwischenzeit mit Hilfe ihrer Organisationen dem Unternehmertum und dem Staat an Augenständen abgerungen hat; abgerungen in schweren, opferreichen Kämpfen, nicht, wie viele Arbeiter heute glauben, daß diese Ertrugskosten den Arbeitern ohne ihr Zutun als reife Früchte in den Schoß gefallen sind. Aber auch den älteren Arbeitern, die zum Teil noch unter den damaligen Verhältnissen arbeiten und den Wandel der Verhältnisse miterlebt haben, schadet es nicht, wenn ihnen munter in Erinnerung gerufen wird, wie es damals um ihre Arbeitsverhältnisse beschaffen war, da ja bekanntlich nur allzuleicht dazartige Dinge von ihnen vergessen werden und man nur zu sehr geneigt ist, die ertrugsten Ertrugsgeschichten als etwas ganz Selbstverständliches zu betrachten. Eine solche Auffassung führt aber naturgemäß dazu, daß der Wert der erzielten Kampfserfolge bagatellisiert und unterschätzt wird, daß das Interesse an der Festhaltung dieser Ertrugsgeschichten vernachlässigt und dadurch diese — was die größte Gefahr für die Arbeiter wäre — infolgedessen sehr leicht verloren gehen können.

Wir wollen daher heute einige Auszüge aus einer „Fabr. Ordnung“ einiger Flachsbetriebe des Trautenauger Gebietes aus dem Jahre 1860 hier veröffentlichen, um zu illustrieren, wie damals die Arbeitsbedingungen beschaffen waren.

Die hier veröffentlichten Bestimmungen dieser Fabr. Ordnung geben in ihrer Gesamtheit ein Spiegelbild der damaligen Arbeitsverhältnisse und sind für die Beurteilung des Unterschiedes zwischen den Zuständen in der Vergangenheit und heute gewiß von Bedeutung. Wir geben die in den Auszügen der einzelnen Bestimmungen dieser „Fabr. Ordnung“ besonders charakteristischen Stellen in gesperrtem Druck wieder, damit sie unseren Lesern besonders in die Augen fallen. Die einige Bestimmungen dieses geschichtlichen Dokumentes:

**Fabr. Ordnung.**

Jeder in der Flachsgarn-Spinnfabrik beschäftigte Arbeiter ist durch seinen Eintritt in die Arbeit verpflichtet, diese Fabr. Regeln in allen Punkten genau einzuhalten.

1. Kein Arbeiter wird aufgenommen, der nicht beinahe das 14. Jahr erreicht hat.

2. Die Arbeitszeit dauert in der Regel von 5 Uhr morgens bis 8 Uhr abends, — in der Werkstatt von 6 Uhr morgens bis 7 Uhr abends; nur am Samstag wird in der ganzen Fabr. der Ordnung und Säuberung wegen um 4 Uhr nachmittags, in der Werkstatt um 5 Uhr nachmittags die Arbeit eingestellt.

Zur Frühstückszeit wird die halbe Stunde von 8 bis 8½ Uhr, zur Mittagszeit von 12 bis 1 Uhr und zum Vesperbrot von 4 bis 4½ Uhr festgesetzt.

Die Arbeiter und die Arbeiterin in der Werkstatt können das Frühstück und die Jause in ihrer Wohnung oder in der Fabr. einnehmen. Die anderen Arbeiter nehmen es während des Ganges der Maschinen ein, da sie nicht ununterbrochen beschäftigt, (?) und auch Ausschiffarbeiter vorhanden sind. . . .

3. Ohne Arbeitsbuch, in welchem die frühere Arbeitszeit genau ersichtlich gemacht ist, wird kein Arbeiter aufgenommen.

Arbeitsbuch auf Grund der Arbeitsaufnahmeerklärung des Fabr. Werkführers zu verschaffen. . . .

4. Die Bestimmung des Arbeitslohnes hängt allein von dem Ertrusse des Fabr. herrn oder dessen Stellvertreters ab.

Jedem Arbeiter, der mit dem für ihn binnen 14 Tagen nach seinem Eintritte in die Fabr. ausgesprochenen Lohn nicht zufrieden ist, steht der Austritt frei. (Wenn er 14 Tage für den Unternehmer um einen Stundenlohn geschuftet hatte; d. R. d. Textilarb.)

5. Die Auszahlung der Arbeitslohn geschieht nach der Bestimmung des Fabr. herrn alle 8 oder 14 Tage (wie es dem Unternehmer beliebt. D. Red.) um 4 Uhr nachmittags; da jedoch der Abschluß der Wochenrechnung jeden Donnerstag vorgenommen wird, so werden die Arbeitslöhne von Freitag bis einschließlich Donnerstag pro Woche berechnet.

6. Wer später als 10 Minuten nach dem Glocken- oder Pfeiszeichen in die Arbeit kommt, dem kann der Lohn für 3 Stunden abgezogen werden, sowie für jede weitere veräumte Arbeitsstunde.

Zum Weggehen aus der Fabr. während der Arbeitszeit ist die vorher eingeholte Erlaubnis des Werkführers unerlässlich.

Jedes Ausschleichen aus der Fabr. bedarf gleichfalls einer solchen Bewilligung; im Falle des Ertrankens, der sofortigen Anzeige an den betreffenden Aufseher.

Wer dies veräumt, unterliegt der oben festgesetzten Strafe und wird der Wohlthat der Unterstützungskassa (welcher Unterstützungskassa? D. Red.) verlustig.

7. Wer sich während der Arbeitszeit an Orten in der Fabr. aufhält, wo er nichts zu schaffen hat, wird mit 3 Stunden Lohnabzug bestraft; ebenso derjenige, der vor dem gegebenen Glocken- oder Pfeiszeichen zur Beendigung der Arbeit sich zum Weggehen vorbereitet (?) oder wirklich weggeht.

8. Das Tabakrauchen in sämtlichen Fabr. lokalitäten, sowie das Mitbringen von Zündrequisiten ist jedem Arbeiter ohne Ausnahme bei Strafe von einem Gulden strengstens verboten, bei wiederholtem Male wird der Betreffende an das l. l. Bezirksgericht (?) zur Bestrafung überliefert.

9. Niemand darf eine andere als schon von den Fabr. vorgegebenen angewiesene Arbeit vornehmen. Zuwiderhandelnder wird mit 6 Stunden Arbeitslohnabzug (?) bestraft. . . .

10. Jeder Arbeiter hat sich gehalten zu verhalten, alles Säubern, Singen, Pfeifen, Schwatzen während der Arbeit und sonst ungebührliches und unanständiges Benehmen zu unterlassen; im Uebertretungsfalle wird eine Strafe von 3 Stunden Lohnabzug festgesetzt.

11. Der sich Veruntreuungen zuschulden kommen läßt oder deren Fehler absieht, hat den Schadenerlös zu leisten und wird zur Bestrafung dem Gerichte überliefert; auch wird derjenige, welcher in die Fabr. betrunken kommt oder Streit mit seinen Mitarbeitern anfängt und sogar in Tätlichkeiten gegen sie ausartet, sich weigert, die von den Fabr. beamteten erteilten Anordnungen zu vollziehen, eben nach Umständen an die betreffende Behörde zur Bestrafung überliefert; bei weniger sträflichen Vergehen nach Einsicht (?) des Fabr. herrn oder dessen Stellvertreters mit Geldstrafe belegt oder sogleich entlassen.

12. Der dem Fabr. herrn aus Ruvillen oder Bosheit (wer entschied, ob Ruvillen oder Bosheit vorlag? D. Red.) irgend einen Schaden verursacht, verfällt dem Strafgesetze (?) und hat volle Genugung zu leisten.

Alle gerechten (aus den Bestimmungen dieser Fabr. Ordnung zu schließen, dürfte wohl kaum ein Anlaß zu „gerechten“ Beschwerden vorhanden gewesen sein! D. Red.). Beschwerden der Fabr. arbeiter sind zuerst dem Fabr. werksführer zu melden, im Falle solche von ihm nicht gehörig gewürdigt und untersucht würden, können sich die Arbeiter dann erst an den Fabr. herrn wenden.

Trautenaug, am 1. Juni 1860.

Unterschrift der Behörde:

Unterschrift der Firmen:

Diese wenigen hier wiedergegebenen Bestimmungen dieser mehr als 60 Jahre alten Fabr. „Ordnung“ bieten uns einen interessanten Einblick in die Verhältnisse der damaligen Zeit. Diese Verhältnisse waren für die Arbeiter geradezu entwürdigend und himmelschreiend. Von fünf Uhr früh bis acht Uhr abends Arbeit; dabei mußten viele Arbeiter stundenweite Wege aus den entlegenen Dörfern zur und aus der Arbeit, oft in schlechtestem Wetter und bitterster Winterkälte, zurücklegen. An Schlafen war bei dieser Arbeitszeit bei jenen Arbeitern, die es weit in die Fabr. und dahinter noch häusliche Arbeiten zu verrichten hatten, kaum zu denken. Um drei Uhr früh, oder vielleicht noch früher, hieß es aufstehen — besonders bei den Frauen und Müttern — um nur ja um fünf Uhr im Betriebe zu sein. Abends kamen sie spät, um neun oder zehn Uhr nach Hause, wo ihrer wieder Arbeit harzte. Mit hölzernen Laternen ausgerüstet, wanderten die Arbeiter und Arbeiterinnen in stockdunkler Nacht ihren Weg zur und von der Fabr. Ein Familienleben war absolut ausgeschlossen. Die Kinder dieser Arbeiterfamilien sahen ihre Eltern höchstens Sonntags; denn wenn Vater und Mutter aus der Arbeit kamen, lagen die Kleinen bereits im Schlaf und wenn sie früh erwachten, waren diese schon längst wieder in der Fabr. Und die Löhne! Sie betragen 30 bis 40 Kreuzer täglich, bei einer oft 14stündigen Arbeitszeit. Wenn auch damals die Preise der Waren und Lebensmittel niedrig waren, so langte ein solcher Taglohn trotzdem nicht für die wichtigsten Nahrungsmittel, besonders in Fällen, wo nur ein Verdienner in der Familie war. Hunger und Not waren daher bei allen Arbeiterfamilien ständige Gäste. Die Bekleidung war ärmlich. Sonntagskleider waren unbekannte Dinge. Wäsche war nur in notdürftigstem Maße vorhanden und aus dem schlechtesten und billigsten Zeug. In den Wohnungen sah es leer und öde aus. Viele Arbeiter wohnten in Ermangelung der notwendigen Einrichtungen gemeinsam in einem Haushalt, in sogenannten Massenquartieren. Welche Wirkungen in hygienischer und moralischer Beziehung dieses Zusammenleben in Massenquartieren auf die Arbeiterfamilie hatte, kann jedermann selbst ermeßen. Die Arbeiter lebten in dieser Zeit wie die indischen Kulis, aus deren Schweiß und Knochen die Unternehmer ihre Riesenerträge herauspreßten.

Da waren die Zeiten, wo die heutigen Textilmagnaten finanziell den Grundstock zu ihren Aktienunternehmungen und ihrem kolossalen Kapitalbesitz legen konnten.

In den Fabriken fehlte es an den notwendigen hygienischen Einrichtungen. In den staub-erfüllten Räumen — Entstaubungsanlagen gab es nicht — mußten die Arbeiter den ganzen Tag verbringen und in dieser staubgeschwängerten Luft auch ihr tägliches Essen einnehmen. Dafür aber waren die Arbeitsräume sonst sehr interessant anzusehen; z. B. in dem Betrieb der Firma Faltl in Jungbunzlirchen in den Sälen Heiligenbildern an den Wänden, so daß, hätte nicht der Staub und Dreck und sonst noch manches andere erkennen lassen, daß es Betriebsräume sind, man glauben konnte, sich in einer Kirche zu befinden. Die Herren Unternehmer taten ja auch nach außen hin allgemein sehr „christlich“. Im Namen und unter dem Einflusse der christlichen Religion sogen diese Patrone den Arbeitern das Mark aus den Knochen und münzten es in Gold um. Die Arbeiter wurden im Namen Christi wie Sklaven behandelt und wie Zirkonen ausgebeutet. Trotz der in der „Fabriks-Ordnung“ erlassenen Trinksperre wurde der „Stuff“ gefördert. Leute sind wegen Trunkenheit bis zum Alentlassen, aber doch wieder eingestellt worden. Wehe aber dem Arbeiter, der nicht widerstandslos alles über sich ergehen ließ, sich etwa ein freies Wort erlaubte oder — nachdem später die Arbeiter anfangen, sich gewerkschaftlich zusammenzuschließen — es gar wagte, gewerkschaftlich organisiert zu sein. Ein solcher Arbeiter, mochte er noch so brauchbar und tüchtig in der Arbeit sein, wurde rücksichtslos aufs Pfahlfenster geworfen, unbarmerzig verfolgt und von Betrieb zu Betrieb gehetzt, um ihn und die Seinen durch Hunger „mürbe“ zu machen. Die Löhne setzten, wie aus dieser Fabriks-Ordnung hervorgeht, die Unternehmer nach „eigenem Ermessen“ fest. Niemand hatte in der Bohnefrage dem Unternehmer ein Wort hineinzureden. Wenn der Lohn einem Arbeiter nicht zusagte, mußte er sich trolchen; in einem anderen Betriebe ging es diesem Arbeiter nicht anders. Strofen von geradezu unmenschlicher Härte und die Gefahr, etwa wie ein Verbrecher dem Gericht überliefert zu werden, bedrohten die Arbeiter bei etwaigen Verstößen gegen die Bestimmungen dieser famosen Fabriks-Ordnung. Unter solchen Umständen fristeten die Arbeiter, aber nicht nur in Ostböhmen, sondern auch anderwärts im alten Oesterreich ihr armliches, proletarisches Dasein, bis sich doch allmählich der Gedanke der gewerkschaftlichen Selbsthilfe in den Hirnen der Arbeiter festsetzte und sie sich Organisationen schufen. Erst dann und im Verhältnis, wie die Kraft der Gewerkschaften wuchs, gelang es, diese menschenunwürdigen Zustände nach und nach zu beseitigen und die Arbeitsverhältnisse zu bessern.

Wenn also heute die Arbeiterschaft nicht mehr 12 und 14 Stunden täglich um einen Lohn von 30 bis 40 Kreuzer zu arbeiten gezwungen ist; wenn sie mitbestimmen darf über die Frage der Entlohnung, wenn sie nicht mehr dem despotischen Willen der Unternehmer unterworfen ist, sondern in Bezug auf die Regelung der Arbeitsverhältnisse in den Betrieben ihren Einfluß in die Wagschale werfen kann, wenn sich überhaupt heute das Unternehmertum gezwungen sieht, sich mit den Arbeitern an einen Tisch setzen, um mit ihnen vertragliche Vereinbarungen über die Arbeits- und Lohnverhältnisse zu treffen usw., so ist das alles nicht etwa der „Ausflug“ einer arbeiterfreundlichen Regierung“ auf Seite der Unternehmer — die heute noch genau so ausbeutungswützig und profitgierig, noch ebenso arbeiterfeindlich sind wie es vor 50 und 60 Jahren der Fall war — sondern dieser Wandel der Verhältnisse ist das Ergebnis jahrzehntelanger gewerkschaftlicher Kämpfe, die die organisierte Arbeiterschaft mit ihren „Vorgängern“ ununterbrochen geführt hat und in denen letzteren eine Position um die andere in heftigen Kämpfen abgerottet werden mußte.

Das mögen die Arbeiter, denn die Gewerkschaften bisher nicht ohne zu wenig Erfolg haben, sich ins Bewußtsein rufen. Das Einverständnis dieser vorstehenden Fabriks-Ordnung“ wird ihnen hierbei sehr nützlich sein.

### Der Parteitag der österreichischen Sozialdemokratie

#### Referat des Genossen Dr. Bauer.

Wien, 15. November. (Eigentl. Bericht). In der heutigen Sitzung des Parteitag wurde zunächst die Debatte über den Bericht des Parteivorstandes abgefaßt. Dabei wurde ein Antrag der Delegierten von Linz und Salzburg angenommen, der sich gegen ein Urteil wendet, das von habsburgischen Richtern in Linz gegen den Genossen Dr. Deutsch gefällt wurde. In dem Antrag wird festgesetzt, daß Dr. Deutsch nur Vorkehrungen gegen den unmittelbaren drohenden Versuch, die Schmach des Volkes nach Frieden in einem Blutbad zu erstickend, getroffen hat, nur seine Pflicht als Staatsbürger und Sozialdemokrat erfüllte und daß der Parteitag ihm für sein tapferes Wirken in jener Zeit danke und seines vollen Vertrauens versichere, während er erklärt, daß die habsburgischen Richter in Linz aus niedrigem Hass gegen die Republik und die Sozialdemokratie einen Akt schändlicher

Klassenjustiz begangen haben. Ferner wurde ein Antrag auf Unterstützung des republikanischen Schutzbundes angenommen.

Dann referierte Genosse Dr. Bauer über „Die politische Lage und die Aufgaben der Sozialdemokratie“. Er verwies darauf, daß der Wahlsieg nicht nur ein Sieg über die Regierung Seipel, sondern auch über die internationale Finanzkontrolle war.

Unsere Haltung im neuen Parlament wird oppositionell sein wie bisher, aber nur noch verstärkte und verschärfte Opposition. Unsere Haltung wird ferner davon abhängen, in welchem Maße die Regierung darauf sieht, daß das wertvollste Instrument der Republik, die Wehrmacht, republikanisch bleibt. Es kann unter Umständen notwendig werden, zu beweisen, daß die Aktionsfähigkeit des Parlamentes von den Umständen in den Kasernen abhängen kann.

Dr. Bauer legt dann dar, daß nach den amtlichen Feststellungen die Sozialdemokraten bei den letzten Wahlen 1.311.000 Stimmen aufgebracht haben, die Christlichsozialen 1.491.100 Stimmen und alle bürgerlichen Parteien zusammen 1.900.000 Stimmen. Wenn wir 90.000 Stimmen gewinnen, sind wir die stärkste Partei im Parlament und wenn wir den Bürgerlichen 300.000 Stimmen wegnehmen, sind wir die Mehrheit. Das ist nicht unmöglich, da wir noch große Reserven nicht nur in der Stadt, sondern auch auf dem Lande haben, wo schon jetzt große Massen von Kleinbauern und Landarbeitern für uns gestimmt haben.

In der Debatte kam Genosse Austerlitz auf die von einem Redner gestellte Frage einer Koalition zu sprechen und erklärte, daß jede Sozialdemokratie sich bisher an der Koalition verblutet habe, was besonders das deutsche Beispiel beweise, wo die Sozialdemokratie schon dreimal für den Staat in seiner größten Not in die Schranken getreten sei. Auch die österreichische Sozialdemokratie, nachdem sie nicht nur Oesterreich, sondern auch ganz Westeuropa vor dem Bolschewismus gerettet habe, hat den Dank der Bourgeoisie erfahren. Die geschichtliche Situation im gegenwärtigen Augenblick sei eine solche, daß uns die Koalition nicht als notwendig erwiesen wurde.

Die Debatte wurde heute noch nicht beendet, sie wird morgen fortgesetzt und beendet werden. Nach dem Berichte der Mandatsprüfungskommission sind auf dem Parteitag 399 Delegierte anwesend.

### Keine Verhandlungen ins Unendliche!

#### Ein: Rede Baldwins im Unterhaus.

London, 15. November. Zu Beginn seiner heutigen Unterhausrede beschäftigte sich Premierminister Baldwin mit der auswärtigen Lage und erklärte unter Berufung auf eine von Ramsay MacDonald gemachte Bemerkung, er stimme mit ihm überein, daß in der auswärtigen Politik vor allem das notwendige Ding und begrenzte Geduld ist. Die Regierung wolle vor allem eine Lösung erreichen, aber man darf nicht vergessen, daß der Uebergang zum Frieden nicht durch die Entwicklung neuer Feindschaften in Europa beschleunigt werden kann. Die Entstehung ähnlicher Unstimmigkeiten würde bloß den Zeitraum verlängern, in dem eine Lösung erreicht werden könnte, und es ist daher die Pflicht der Regierung, daß sie ebenso wie die Regierungen der anderen Länder, ihre ganze Anstrengung darauf richtet, um eine Lösung in Uebereinstimmung mit den Verbündeten herbeizuführen. Im gegenwärtigen Augenblicke könne die Regierung nicht voraussagen, daß ihre bisherigen Anstrengungen von Erfolg begleitet waren. Wenn Sie sich aber ins Gedächtnis rufen, daß Lloyd George mit allen Mitteln seiner lebhaften Phantasie nicht fähig war, eine Lösung zu erreichen, obwohl er sich solange darum bemühte, werden Sie schwerlich überrascht sein, daß in der viel kürzeren Frist, welche der gegenwärtigen Regierung gegönnt war, ebenfalls kein viel besseres Ergebnis erreicht worden ist.

Als die Verhandlungen mit Amerika begannen, glaubte die Regierung, daß es tatsächlich einen ernsthaften Fortschritt zur Lösung der Lage herbeiführen werde, aber abermals, wie schon so oft im heurigen Jahre waren ihre Bemühungen nicht in Folge ihres Vorgehens nach Infolge des Vorgehens Amerikas, sondern Infolge des Verweigerns, von Miksch Erfolg begleitet. Es wäre fast sehr schwer, ins Unendliche eine Zusammenarbeit mit den Amerikanern zu versuchen, welche sich so schwierig gestaltet haben. Der Premierminister warke keine Miße, um den Amerikanern anzudeuten, daß das Volk die es Landes nicht ins Unendliche die Stimmung aufrecht erhalten könne, welche für eine Zusammenarbeit und für ein Einvernehmen notwendig ist, wenn die gegenwärtige Situation allzulange währen sollte.

Der Premierminister wandte sich sodann der Frage der Arbeitslosigkeit zu und erklärte, man könne nicht daran zweifeln, daß vor allem mit

die Befegung des Ruhrgebietes und infolge der Wirkung, welche die Befegung auf die wirtschaftliche Lage Deutschlands hat, die Er-

holung Europas auf Jahre hinausgehoben wurde und man müsse sich deshalb mit der Situation befassen, welche weit ärger ist als im vorigen Jahre. Wenn alle Märkte, an denen England zu verkaufen gewohnt war, zu kaufen fähig wären, würde es heute nicht so unter der Arbeitslosigkeit leiden. Was die Regierung vor allem wünsche, ist, daß sie des Versprechens entbunden werde, das sie im vorigen Jahre Bonar Law gab, daß nämlich in der Fiskalpolitik keine Veränderung eintritt. Sie fordert außerdem die Vollmacht, größere Zölle aufzulegen, wenn dies die Situation einzelner besonderer Industriezweige erfordern würde. In der Praxis bezieht sich der heutige Schutz der Industrie bloß auf die aus Deutschland kommenden Waren, aber es sind hier noch andere Länder außer Deutschland, die heute die Industrie Englands bedrohen. Der Premierminister erklärte, daß die Regierung auf Lebensmittel niemals Zölle vorgeschlagen habe. Es sei wahr, daß die Verhandlungen mit den Ländern, die Schutzzölle haben, zum Zwecke der Einführung des Freihandels nicht von Erfolg begleitet werden.

### Dienstag Reichstags-sitzung.

Berlin, 15. November. Die für Sonntag vormittag angesetzte Sitzung des auswärtigen Ausschusses ist auf Montag nachmittag verschoben worden. Diese Vertagung wurde notwendig mit Rücksicht auf die für Samstag vorgesehene Beratungen des Fünfgeneralesschusses der besetzten Gebiete und einer Konferenz der Ministerpräsidenten. Die für Dienstag vorgesehene Reichstags-sitzung erfährt durch die Vertagung des auswärtigen Ausschusses keine Veränderung. Montag tritt die sozialdemokratische Reichstagsfraktion zur Besprechung der politischen Lage zusammen.

### Internationale Rundgebung gegen Krieg und Kriegsrüstungen.

Amsterdam, 15. November. Im Jahre 1924 werden zehn Jahre seit dem Ausbruch des Weltkrieges verlossen sein. Aus diesem Grunde hat der Vorstand des Internationalen Gewerkschaftsbundes beschlossen, am dritten Sonntag im September 1924 in allen Ländern große Kundgebungen gegen Krieg und Kriegsrüstungen zu veranstalten.

### Wilhelm Vater und Sohn und Ludendorff.

#### Eine Interpellation in der französischen Kammer.

Paris, 15. November. Abg. Ponnat hat eine Interpellation über die Ausführung des Art. 238 des Versailler Vertrages betreffend die Kriegsschuldigen eingebracht. Die Interpellation bezieht sich auf den ehemaligen Kaiser, dem ehemaligen Kronprinzen und Ludendorff. Diese Interpellation wird, wie die anderen bereits eingebrachten, morgen zur Erörterung kommen.

### Starke Opposition gegen Poincarés Politik.

Paris, 14. November. (Havas). Nach einer sehr stürmischen Sitzung des Generalrates der Seine wurde mit 56 gegen 27 Stimmen ein Antrag gebilligt, worin der festen Politik Poincarés gegen Deutschland die Unterstützung zugesichert und ihm das Vertrauen ausgesprochen wird.

### Wenn nicht mit, dann ohne Frankreich.

#### Smuts fordert eine Generalreparationskonferenz.

London, 15. Nov. (Havas). Smuts sandte an die „Times“ ein Schreiben, in welchem er für die Einberufung einer Generalreparationskonferenz, wüstenfalls auch ohne Teilnahme Frankreichs, eintritt.

### Kommunistenklarm im Dresdener Landtag.

Dresden, 15. November. Die Kommunisten vollführten heute im Landtage abermals einen solchen Lärm, wie schon in der Dienstagssitzung, daß auch die heutige Sitzung vom Präsidenten unterbrochen und der Aechsenauschuss zur Beratung der Lage einberufen werden mußte. Nach vielstündiger Unterbrechung der Sitzung ging ein Antrag der Demokraten ein, die Geschäftsordnung des Landtages entsprechend der Geschäftsordnung des Reichstags abzuändern und dadurch dem Präsidenten das Recht zu geben, renitente Abgeordnete von der Sitzung zeitweise auszuschließen und ihnen auch ihre Diäten zu entziehen. Die Kommunisten begleiteten die Verlesung dieses Antrages mit Lärm. Die Annahme des Antrages in der nächsten Woche kann als sicher gelten.

### Die Rentenpfennige.

Berlin, 15. November. (Wolff). Der Reichsminister der Finanzen hat eine Bekanntmachung über die Ausprägung von Münzen im Rentenwert von 1, 2, 5, 10 und 50-Rentenpfennigen erlassen. Die 1- und 2-Rentenpfennige bestehen aus einer Legierung von Kupfer, Zinn und Zink, die 5-, 10- und 50-Rentenpfennige aus einer Legierung von Kupfer und Aluminium.

### Die griechische Kriegsgerecht arbeitet.

Athen, 16. November. (Havas). Das Kriegsgericht, vor dem sich die rebellischen Offiziere zu verantworten haben, hat zwei Generale und zwei Majore zum Tode verurteilt. Zahlreiche hohe Offiziere wurden zu lebenslänglicher oder dauernder Gefängnisstrafe verurteilt.

## Die Parabel vom „Schlimmen Jungen“.

Von Sased, dem Weisen.

Es kam einst eine Mutter zu mir, und sie sagte: „O Sased, du großer und weiser Mann, hab' Erbarmen mit deiner Magd, denn ich bin in Sorge. Du kennst meinen Jungen. Er ist vierzehn Jahre alt. Als er noch ein Kindlein war, war er das bravste und geschickteste, was du jemals gesehen hast!“

Und ich sagte: „Ich erinnere mich!“

Und sie sagte: „Und als er dann ein Bublein wurde, war er allerliebste!“

Und ich sagte: „Du sprichst die Wahrheit!“

Und sie sagte: „Aber jetzt erkenne ich ihn kaum wieder! Er ist lärmend und grob, gleichgültig und unachtsam! Und die Schulaufgaben macht er nicht und wenn ich ihn ausschelte, läßt er und sagt, ich solle keine Angst haben!“

Und ich sagte ihr: „Dab keine Angst!“

Und sie sagte: „Ich weiß mir nicht zu helfen! Hat es jemals einen solchen Jungen gegeben?“

Und ich sagte: „Als George Washington vierzehn war, wusch er sich nicht immer hinter den Ohren! Und als Julius Cäsar vierzehn war, benahm er sich in der Sonntagsschule nicht immer sehr ehrfürchtig! Und als William Shakespeare vierzehn war, wurde ihm ein Schulgang entschuldigt, weil an jenem Tage das Begräbnis seiner Großmutter stattfand — aber er hat es damals vorgezogen, an einem Ballspiel teilzunehmen. Und Simon Petrus, als er vierzehn war, blieb eines Tages wegen ernstlicher Erkrankung der Schule fern — hatte sich aber schnell genug und hinreichend erholt, um das Hüpfen des Korbs an seiner Angelrute am Wasser des kleinen Bachs zu belauern, der dicht bei Kapernaum in den See von Galiläa fließt!“

Und sie sagte: „Steht das so in den Büchern?“

Und ich sagte: „Nein! Aber ich weiß, daß es so ist, denn ich kenne Jungens!“

Und sie sagte: „O Sased, es tut mir außerordentlich wohl, d'es zu hören! Und es stellt meinen Glauben an den Jungen wieder her!“

Und sie stand auf, um zu gehen. Aber sie wendete sich noch einmal um und sagte: „O Sased, als du vierzehn Jahre alt warst, was für eine Junge warst du damals?“

Und ich antwortete: „Wenn ich dir sage, daß ich ein Muster war, wird es dich traurig machen, zu denken, daß ich anders war wie andere Jungens! Und wenn ich dir sage, daß ich so war wie andere Jungens, wirst du glauben, daß ich kein Muster war. Aber wenn ich es dir nicht sage, dann kannst du dich daran freuen, das eine davon zu glauben oder beides!“

## Tages-Neuigkeiten.

### Sind Männer und Frauen in der Tschechoslowakei gleichberechtigt.

#### Nach Ansicht des Handelsministeriums nicht!

Sonderbare Vorstellungen über die Gleichberechtigung der Männer und Frauen hat das tschechoslowakische Handelsministerium. Während die Gesetzgebung seit der Schaffung der Republik von dem Geiste der Gleichberechtigung beider Geschlechter erfüllt ist, glaubt das tschechoslowakische Handelsministerium, welches von dem Nationaldemokraten Kovat geleitet ist, auch diese Kränkungen der Nachkriegszeit abzubauen zu können. Das Handelsministerium hat nämlich der Produktivgenossenschaft der Schneidergewerkschaft in Jednov einen Schreibebrief geschickt, in dem festgesetzt wurde, daß die der genannten Genossenschaft übergebenen Staatslieferungen zur überwiegenden Hälfte von Frauen fertiggestellt worden sind. Das Ministerium macht nun die Genossenschaft darauf aufmerksam, daß dieses Vorgehen im Gegensatz mit den hieran stehenden Intentionen ist und daß künftighin Genossenschaften, welche einen Teil der Lieferungen von Schneidergewerkschaften wöchlichen Kräften in Bearbeitung geben, von der Vergütung von Lieferungen ausgeschlossen werden. Also nur aus dem Grunde, weil auch weibliche Kräfte bei der Erzeugung von Waren, die dem Staate geliefert werden, herangezogen werden, will der Handelsminister die Genossenschaft von vornherein nicht an Aufträgen beteiligen. Der Handelsminister scheint — wie das „Pravo Lidu“ schreibt, dem wir diesen Brief entnehmen — nicht zu wissen, daß in der Textilindustrie ein großer Teil der Arbeitskräfte weibliche Personen sind.

Der Herr Handelsminister, der auch sonst durch sein starres Festhalten an den Hochschulzölen und an dem Bewilligungsverfahren die Arbeiterschaft dieses Staates schwer schädigt, zeigt durch das Schreiben an die genannte Genossenschaft aufs neue, wes Geistes Kind er ist. Es ist höchste Zeit, daß die Leitung des Handelsministeriums in andere Hände übergeht.

### Die gesundheitliche Lage in Deutschland.

Ein trauriges Gesamtbild von der gesundheitlichen Lage des deutschen Volkes, wie es sich gegenwärtig darbietet, entwirft das Mitglied des Reichsgesundheitsamtes, Prof. W. Möllers, in einem Aufsatz der „Deutschen Rundschau“. Er weist zunächst auf den zunehmenden Geburtenrückgang hin, den die Statistiker mit dem Anstieg des Dollarkurses in eine ebenso traurige wie bezeichnende Beziehung gesetzt haben. Die Geburtsziffer von 1922 mit 17,3 auf je 1000 war

die niedrigste, die bisher — von den letzten Kriegs-

Neben der Tuberkulosesterblichkeit bilden die Gesundheitsverhältnisse der Säug-

Internationale Gewerkschaftsbund des Inter-

Hakenkreuz-Dinter überdies das neue Testa-

Vater Goriot.

Während Eugen Tolette machte, sah er all jene Freuden, von denen junge Leute aus Paris vor Spott nicht zu sprechen wagen, die aber ihrer Eigenliebe schmeicheln.

das Blut" ankündigt. In dem Waschetel heißt es „Der bekannte deutsche Schriftsteller Artur Dinter hat soeben eine Arbeit vollendet, die weit über die Grenzen Deutschlands hinaus Aufsehen erregen dürfte.

Der Kampf der Oberschlesier um ihre deutsche Schule. Aus Katowitz wird gemeldet: Auf eine Beschwerde von 41 Personen, die deutschen Unterricht für ihre Kinder beantragt hatten, fällt der Präsident der gemischten Kommission für Oberschlesien, Calonda, folgenden Schiedsspruch:

Unwillkommene Gäste in Konstantinopel. Nach einer Davas-Meldung aus Konstantinopel hat der Unterrichtsminister beschlossen, die französische Subdirektion am Gymnasium von Galata-Seraïl aufzuheben.

Kein Alkoholausschank an Sonntagen in Spanien. Die Madrider „Gaceta“ veröffentlicht eine Verordnung, wonach an Sonntagen der Ausschank alkoholischer Getränke in Spanien verboten ist.

Hejjas Morde und Gerichtsurteil. Aus Budapest, wird vom 11. November gemeldet: Der Oberste Honvedgerichtshof verhandelte heute über die Berufung des Ersahendarmen Johann Jbona und Genossen, die im November 1919 drei Jysaker Juden, die des Hochverrats verdächtigt wurden, ermordet und beraubt hatten.

Tropf Erdbebenkatastrophe — 1283 Millionen Yen für die Kriegsmarine.

Aus Osaka wird gemeldet: Der Haushalt für die japanische Kriegsmarine sieht 1283 Millionen Yen vor, das sind nur 40 Millionen weniger als ursprünglich festgesetzt wurde.

Ein delogierter Mieter tötet aus Verzweiflung seine ganze Familie und begeht Selbstmord! Aus Braşov in Rumänien wird gemeldet: In Czif-Szereda hat sich eine granenhafte Mietertragödie ereignet.

Ein Raubmord in der New Yorker Untergrundbahn. Zwei Banditen erschossen in der Brookhaver Untergrundbahn zwei Bahndeamte und entkamen mit 42000 Dollar, die sie ihnen geraubt hatten.

Postflugzeugabsturz in der Straße von Gibraltar. Ein Postflugzeug Sevilla-Larache stürzte nach einer Madrider Meldung in der Straße von Gibraltar ab.

Die Geburtenziffer Frankreichs. Aus Paris wird geschrieben: Die Geburtenziffer Frankreichs nimmt zu, wenn auch in kaum merklichem Maß.

Familiennamen in der Türkei. Die Kommission der türkischen Nationalversammlung von Angora, die sich mit der Reform der sozialen Verhältnisse in der Türkei beschäftigt, hat die Namensgebung für reformbedürftig erklärt.

Die Geschichte einer Dollarmehrschaft. Eine eigenartige Erbschaftsgeschichte beschäftigt seit einigen Tagen die Wiener Polizei.

Wetterübersicht vom 15. November: Heute früh stellten sich wieder ergiebige Regenfälle im Gebiete der ganzen Republik ein.

vertauschte der Rechtsanwalt den Nachlaß. Plötzlich war er jedoch verschwunden und hatte seine Frau und seine beiden Töchter hilflos zurückgelassen.

Den heimgekehrten Sohn ermordet. Vor kurzem kehrte ein junger Slowak, der als Knabe nach Amerika ausgewandert war und dort in harter Arbeit Ersparnisse gesammelt hatte, in die Heimat im Zipser Gau (Slowakei) zurück.

Wetterübersicht vom 15. November: Heute früh stellten sich wieder ergiebige Regenfälle im Gebiete der ganzen Republik ein.

Wetterübersicht vom 15. November: Heute früh stellten sich wieder ergiebige Regenfälle im Gebiete der ganzen Republik ein.

Wetterübersicht vom 15. November: Heute früh stellten sich wieder ergiebige Regenfälle im Gebiete der ganzen Republik ein.

Wetterübersicht vom 15. November: Heute früh stellten sich wieder ergiebige Regenfälle im Gebiete der ganzen Republik ein.

Wetterübersicht vom 15. November: Heute früh stellten sich wieder ergiebige Regenfälle im Gebiete der ganzen Republik ein.

Wetterübersicht vom 15. November: Heute früh stellten sich wieder ergiebige Regenfälle im Gebiete der ganzen Republik ein.

Wetterübersicht vom 15. November: Heute früh stellten sich wieder ergiebige Regenfälle im Gebiete der ganzen Republik ein.

Wetterübersicht vom 15. November: Heute früh stellten sich wieder ergiebige Regenfälle im Gebiete der ganzen Republik ein.

Wetterübersicht vom 15. November: Heute früh stellten sich wieder ergiebige Regenfälle im Gebiete der ganzen Republik ein.

Wetterübersicht vom 15. November: Heute früh stellten sich wieder ergiebige Regenfälle im Gebiete der ganzen Republik ein.

Wetterübersicht vom 15. November: Heute früh stellten sich wieder ergiebige Regenfälle im Gebiete der ganzen Republik ein.

Wetterübersicht vom 15. November: Heute früh stellten sich wieder ergiebige Regenfälle im Gebiete der ganzen Republik ein.

Wetterübersicht vom 15. November: Heute früh stellten sich wieder ergiebige Regenfälle im Gebiete der ganzen Republik ein.

Wetterübersicht vom 15. November: Heute früh stellten sich wieder ergiebige Regenfälle im Gebiete der ganzen Republik ein.

Wetterübersicht vom 15. November: Heute früh stellten sich wieder ergiebige Regenfälle im Gebiete der ganzen Republik ein.

Preis des Getreides in die Höhe getrieben wird, andererseits, um die russischen Finanzen in Ordnung zu bringen, um durch eine aktive Handelsbilanz der russischen Währung einen festen Kurs zu geben. Dadurch rückt auch die Möglichkeit eines intensiveren Wirtschaftsverkehrs zwischen der Tschechoslowakei und Rußland in den Vordergrund.

II.

In der Zeit vom Oktober 1921 bis zum Oktober 1923 wurden insgesamt Waren in einer Gesamtmenge von etwa 40.000 Tonnen zum Werte von annähernd 220 Millionen Kč nach Rußland ausgeführt. Unter diesen importierten Waren befinden sich Eisenwaren (Drähte, Röhren, Eisenbahnmaterial) im Werte von 55 Millionen, landwirtschaftliche Maschinen (acht Millionen), Kessel und Generatoren (30,6 Millionen), Textilwaren (18 Millionen), chemische Produkte (1,7 Millionen), elektrische Lampen (0,5 Millionen), Bleistifte (0,3 Millionen), Papier (12 Millionen), Korn und Samen (28 Millionen), Fett (0,6 Millionen) und Zucker (30 Millionen). Was die Einfuhr russischer Waren in die Tschechoslowakei anbelangt, sind diese erst im Winter 1922-23 an, wobei zunächst Probenpartien von russischen und ukrainischen Rohstoffen bestellt und verkauft wurden. Insgesamt wurden etwa zwölf Waggons Ware für einen Betrag von ungefähr einer Million Kč verkauft. Darunter befinden sich Federn, Posten, Hörner, sowie Fleisch- und Fleischprodukte, also im wesentlichen bisher geringe, für die tschechoslowakische Industrie und für die Bevölkerung dieses Staates nicht in Betracht kommende Mengen.

Die Schwierigkeiten des Exportes nach Rußland sind zunächst dieselben wie für den Export aus der Tschechoslowakischen Republik überhaupt. Während die tschechoslowakische Krone in den letzten zwei Jahren beträchtlich gestiegen ist, konnten die tschechoslowakischen Industriellen, und konnte sich der tschechoslowakische Staat den neuen Verhältnissen nicht anpassen, die Erzeugnisse der heimischen Industrie waren zu teuer, die tschechoslowakische Industrie wurde im Export nach allen Staaten, sowie auch nach Rußland, von der deutschen und englischen Industrie geschlagen. Erst in der letzten Zeit sind die Preise der tschechoslowakischen industriellen Exportartikel zurückgegangen, woraus sich eine Belebung der tschechoslowakischen Ausfuhr nach Rußland ergab. Ein wichtiger Grund für den geringen Export nach Rußland ist aber die Zurückhaltung der tschechoslowakischen Industriellen in der Frage der Kredite. Rußland ist gegenwärtig nicht in der Lage, alle Bestellungen, die es im Ausland macht, sofort bar zu bezahlen, es benötigt langfristige Kredite, die ihm in anderen Ländern, vor allem in Deutschland, gegeben werden, während die tschechoslowakischen Industriellen sich zur Gewährung dieser Kredite nur schwer entschließen. Der größte Teil der von Rußland in der Tschechoslowakei gekauften Waren wurde auf offene Rechnungen, die 30 Tage laufen, gekauft. Nur Waren im Betrage von nicht einmal 50 Millionen, also nicht einmal ein Viertel der gekauften Menge, wurden auf verschiedene, bis zwölf Monate laufende Fristen kreditiert. Mehr als einjährige Kredite wollten die tschechoslowakischen Industriellen nicht gewähren, erst in der allerletzten Zeit ist die Geneigtheit der tschechoslowakischen Industriellen, langfristige Kredite zu gewähren, größer geworden.

Die unbedeutende Menge der aus Rußland eingeführten Rohstoffe ist damit zu erklären, daß die Ausfuhr russischer Rohstoffe infolge der bereits erwähnten charakteristischen Wirtschaftsverhältnisse in Rußland zunächst nicht möglich gewesen ist, und daß die heimische Industrie sich auch jetzt, da probeweise solche Rohstoffe eingeführt werden, nur schwer an diese gewöhnt. Eine nicht geringe

# Joch über Deutschlands Kriegsrüstungen.

## Angeblicher Thronverzichts des Kronprinzen. — Das schlichte Gedächtnis des deutschen Vertreters in Paris. — Neue Sanktionen der Alliierten?

Paris, 16. November (Sabas). Marshall Joch machte in der Völkervereinigung sehr genaue Angaben über die Erneuerung der Rüstungen in Deutschland. Die deutsche Reichswehr ist ziffernmäßig viel stärker, als nach dem Friedensvertrag gestattet ist. Kriegsmaterial wird eifrig produziert. Sinnlos hat zu diesem Zwecke Fachleute aus dem Ruhrgebiete berufen. Es werden Bestellungen im Auslande, insbesondere in Rußland, gemacht. Cambon betonte, es sei für Frankreich absolut notwendig, ohne irgend eine Einschränkung die Kontrolle über die deutschen Rüstungen zu erneuern.

Die Mitglieder der Konferenz beschloßen, ihren Regierungen den Entwurf eines Schreibens vorzulegen, welches die energische Aufforderung an das Deutsche Reich, die Friedensverträge zu respektieren und verschiedene gemeinsame Sanktionen, über welche die Alliierten entscheiden werden, enthalten wird. Cambon betonte neuerdings, daß die wichtigsten Lebensinteressen der Sicherheit Frankreich nötigen, eventuell selbst zu Sanktionen zu greifen, wenn es erkennen würde, daß die gemeinsamen Sanktionen nicht genügen. Redner glaubt aber, daß bereits die Betonung der Solidarität aller Alliierten über den bösen Willen Deutschlands siegen würde.

Während der Völkervereinigung fand sich der diplomatische Vertreter Deutschlands Hoesch beim Direktor für politische Angelegenheiten Peretti della Rocca ein und erklärte, der ehemalige Kronprinz habe bereits lange Zeit hindurch um die Bewilligung zur Heimkehr nach Deutschland angefragt. Die deutsche Regierung habe endlich ihre Einwilligung erteilt, nachdem der ehemalige Kronprinz erklärt hatte, er begehre sich des Rechtes auf die Krone und hat sich aus-

drücklich verpflichtet, auf seinem Gute in Dels zu leben und an keiner politischen Aktion teilzunehmen. Hoesch dementierte sodann die Gerüchte, denen zufolge der ehemalige deutsche Kaiser Kaiser Doorn zu verlassen beabsichtige. Peretti della Rocca nahm diese Erklärung entgegen und teilte sie sofort dem Ministerpräsidenten Poincaré mit.

„Le Journal“ sagt zu dem Besuch Hoesch's bei Peretti, die Rückkehr des Kronprinzen stehe in einer verbrecherischen und unheilverkündenden Verbindung mit dem Ludendorff-Putsch. „Gaulois“ macht darauf aufmerksam, daß Peretti gestern den diplomatischen Vertreter Deutschlands gefragt habe,

wann der ehemalige deutsche Kronprinz auf die Thronrechte verzichtet habe. Hoesch habe geantwortet, daß er sich daran nicht mehr erinnere.

Das Blatt ist überzeugt, daß die Anwesenheit des ehemaligen Kronprinzen in Deutschland einen Verdacht nationalisistischer Komplote schaffe und eine unlegbare Gefahr darstelle. Man müsse die Forderung nach Ausweisung des Kronprinzen aus Deutschland, falls er nicht verurteilt wird, stellen. Wenn dies nicht geschehe, werde Frankreich Maßnahmen treffen und wäre glücklich, wenn sich ihm die Alliierten anschließen würden. Die Angelegenheit des Kronprinzen ist im Wesen eine interalliierte Angelegenheit. Dem „Matin“ zufolge halten Paris und Brüssel die Sache für sehr ernst. Das wenigste, was gefordert werden könne, ist die Erweiterung und Organisation der Besetzung des Rheinlandes nicht als Reparationspfand, sondern als dauernde Sicherheitsgarantie.

Rolle spielt dabei auch der Umstand, daß es in der Tschechoslowakei keine bedeutende Firmen für den Export russischer Rohstoffe gibt, so daß es sich bei der Einfuhr fast ausschließlich um ganz kleine Partien handelt. In der letzten Zeit wurde von Rußland in Oberberg ein Lager russischer Exportwaren eröffnet und zweite Niederlage wird gegenwärtig in Leitschen organisiert. Dorthin werden die angeführten Rohstoffe in größeren Partien gebracht und von dort aus in kleineren Mengen verkauft werden.

III.

Wie man also sieht, stecken die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Rußland und der Tschechoslowakei erst in ihren Anfängen. Soll es zu einem intensiveren wirtschaftlichen Verkehr kommen, dann muß die tschechoslowakische Industrie sich den Weltmarktpreisen anpassen, um in die Lage versetzt zu werden, mit der deutschen und englischen Industrie konkurrieren zu können. Die Herabsetzung der Kohlenpreise, die in der letzten Zeit erfolgt ist, bietet der tschechoslowakischen Industrie da u eine Handhabe, und da Rußland seine wirtschaftlichen Beziehungen mit den Staaten, mit denen es vor dem Kriege im Handelsverkehr stand, nicht ohne weiteres aufnehmen kann, da die alten wirtschaftlichen Beziehungen durch die lange Dauer des Weltkrieges und des russischen Bürgerkrieges zerfallen sind, hat die Tschechoslowakei die Möglichkeit, unter den Staaten, welche nach Rußland Waren ausführen, eine bedeutende Rolle zu spielen. Die tschechoslowakische Industrie wird zu erweisen

haben, ob sie auf der Höhe der Zeit steht, ob sie nicht durch die hohen Zollschranken technisch rückständig geworden ist, ob sie imstande ist, nicht nur ihr Monopol auf dem inneren Markt auszunutzen, sondern sich auch auf dem Weltmarkt, wo die freie Konkurrenz der Industrie aller Staaten herrscht, zu behaupten. Aber auch die Einfuhr russischer Waren in die Tschechoslowakei ist für die Bevölkerung von einiger Bedeutung, da hierdurch die Preise einiger Lebensmittel und Gebrauchsgüter herabgesetzt werden könnten, falls die Einfuhr russischer Waren in den nächsten Jahren in größerer Menge möglich wird. Dazu ist freilich notwendig, daß die Tschechoslowakei sobald als möglich vom Bewilligungsverfahren befreit wird, das den Handelsminister in den Stand setzt, die Einfuhr von Waren willkürlich freizugeben oder einzuschränken, wodurch die Preise der Einfuhrwaren hochgehalten werden. Die Befreiung sowohl der Ausfuhr als auch der Einfuhr von allen Fesseln, die ihr angelegt sind, wird sowohl den tschechoslowakischen Export beleben und dadurch das Heer der Arbeitslosen wieder in die Werkstätten zurückführen, als auch die Preise der Lebensmittel und industriellen Artikel herabzudrücken und so das Lebensniveau der Bevölkerung heben. Will man also auch die Ausfuhr nach Rußland beleben und die Einfuhr russischer Waren in die Tschechoslowakei möglich machen, dann muß hier angefaßt werden. Die noch immer große Zahl der Arbeitslosen und die Preissteigerung bei fast allen Produkten sollten für die Regierung eine Mahnung sein.

### Ein Brot 480 Milliarden.

Verzweiflungsausbrüche Hungernder.

Berlin, 16. November. (Eigenbericht.) Die Heraushebung des Preises für ein Brot auf 120, bezogen 480 Milliarden Mark hat in Berlin und Vororten vor den Bäckereien heute zu erregten Szenen geführt. Vielfach drohte die Menge die Läden zu stürmen. Das Ueberfallkommando von Reutlin wurde allein nach dreifig verschiedenen Bäckereien gerufen. In Charlottenburg kam es außerdem zu Plünderungen von Konfektions- und Schuhgeschäften. Der sofort alarmierten Polizei gelang es, die Menge zu zerstreuen und mehrere Plünderer zu verhaften. In Schöneberg versuchte eine Menge von Arbeitslosen ins Rathaus einzudringen. Schutzpolizei trieb die Demonstranten auseinander.

### Breukher Mut gegen Kommunisten.

Verhaftungen, Verbote und Konfiskationen.

Berlin, 16. November. (Wolff.) Die Berliner politische Polizei hat riesige Mengen verbotener Flugblätter und Flugchriften der kommunistischen Partei beschlagnahmt. Im Zusammenhang damit ist die Druckerei der „Roten Fahne“ beschlagnahmt und versiegelt worden. Eine polizeiliche Durchsuchung des Büros der Roten Gewerkschaftsinternationale deckte einen umfangreichen kommunistischen Schriftverkehr mit dem Auslande und außereuropäischen Ländern auf. Ferner wurden vierhundert Kuriere der kommunistischen Partei verhaftet und zahlreiches Material beschlagnahmt. Unter dem beschlagnahmten Schriftstücken befinden sich Aufzeichnungen, die auf die verfuhrte Zerschlagungsarbeit in der Reichswehr hinweisen. Ferner wurden bedeutende Summen deutschen und ausländischen Geldes vorgefunden. Schließlich hat die Berliner politische Polizei ein erhebliches Waffenlager der kommunistischen Partei in Berlin aufgehoben.

### Eine feine Reichswe...

Dresden, 16. November. Offiziell wird mitgeteilt, daß an mehreren nationalistischen Veranstaltungen und zwar bei einem vaterländischen Abend in Zwickau und bei einem deutschen Tag in Wurzen, der von den Stahlhelmleuten abgehalten wurde, Reichswehrsoldaten beteiligt gewesen seien. Es sei bei diesen Abenden auch zu Verleumdungen gegen den Reichspräsidenten gekommen und man habe zustimmende Reden über den von Gessler und Ludendorff veranstalteten Putsch gehalten.

### Sillegung der Noten etc.

Berlin, 16. November. Mit dem heutigen Tage wird die Notenpresse stillgelegt. Die Diskontierung der Staatsanweisungen durch die Reichsbank hat gestern aufgehört. Die schwebende Schuld des Reiches wird also den Bestand von gestern nicht übersteigen.

### Zeigners Mandatsverzicht.

Berlin, 16. November. (Eigenbericht.) Seit einigen Tagen wird in der bürgerlichen Presse berichtet, daß der frühere sächsische Ministerpräsident Dr. Zeigner sein Landtagsmandat niederlegen wolle. Heute beschäftigte sich die sozialdemokratische Landtagsfraktion in Dresden mit der Angelegenheit. Während der Beratungen traf ein Schreiben Zeigners ein, in dem dieser erklärte, sein Mandat niederzulegen. Dieser Schritt erfolgte wegen seiner Tätigkeit als Justizminister erhoben worden sind, und die auf nichtpolitischem Gebiete liegen. Von dem Ergebnis des schwebenden Verfahrens ist die völlige Aufklärung der Angelegenheit zu erwarten.

### Trost in China.

Als Europa unter der Gewalt des ersten Weltkrieges erlitt, schickte Goethe, „Patriarchenstift zu kosten“, in den reinen Uter. „geistiges Ergebnis schuf er den „Weltlichen Distanz“, jenen ersten Versuch, aus westlicher und östlicher Kultur eine neue Einheit zu schaffen. Auch heute wenden sich viele in Europa und nicht die schlechtesten der Kultur des Ostens wieder zu einer tiefen Sehnsucht nach einem Leben in der Reinheit des Geistes hat uns die Einsicht in die Schönheit, in den Reichtum des asiatischen Geistes geöffnet, so daß man heute schon von einer asiatischen Mode sprechen kann. Aber wie allen geistigen Moden liegt auch dieser eine tiefe Berechtigung zugrunde.

Die östliche Kultur hat für uns hin und her gezerrte Menschen den Zauber und das Verwundernde einer milden und edlen Geschlossenheit. Durch Jahrhunderte hindurch wächst und erfällt sich ein Kunststil, jahrhundertlang formen die Künstler und die Philosophen an einer geistigen Idee, bis es ihnen gelingt, sie zur größten Vollkommenheit zu führen. Und auch dann bleiben sie noch Jahrhunderte lang dem einmal Gewonnenen treu, so daß eine tiefe, ergreifende Verbundenheit der Menschen mit der Kunst, eine rauberhafte und doch so natürliche Harmonie des Lebens entsteht.

Obwohl die Mehrzahl der asiatischen Kulturen eine solche Einheitlichkeit aufweist, überragt die chinesische Kultur all anderen durch ihre unbeschreibliche Größe und ihre urchtbarste Verknüpfung. China erscheint als das wahre Ost Asiens und damit als das Herz und das

Zentrum aller Kultur dieser Erde. Dies berührt uns umso merkwürdiger, als wir durch Jahrtausende alle Unkenntnis in China ein Land der Erstarrung zu sehen meinten. Und heute zeigt sich uns in der chinesischen Kultur immer von neuem Großes und Unerwartetes; selbst der gesellschaftliche Aufbau, der aus einer Zusammenfassung patriarchalischer und genossenschaftlicher Gebilde besteht, enthält wichtige Anätze zu einer modernen sozialistischen Gesellschaftsbildung. In diesem Zusammenhang möchte ich auch erwähnen, daß die chinesische Geschichtsschreibung genaue und exakte Angaben über den Urkommunismus der Vergangenheit enthält. China ist danach das einzige Land, in dem der Urkommunismus nicht durch Mutmaßungen und freie Beweisführung, sondern durch Dokumente von unantastbarer Echtheit erwiesen werden kann. Daher haben auch manche uns nahestehende Gelehrte der chinesischen Kultur ihre Aufmerksamkeit geschenkt. Als kleine populäre, aber ausschlußreiche und anziehende Arbeit möchte ich hier nochmals auf das kleine Bändchen „Chinesen“ des Genossen Dr. Erles (Felsenbücherei) hinweisen. Erles zeigt darin, daß beinahe jede gesellschaftliche Einrichtung Chinas der entsprechenden europäischen überlegen ist. „Baukunst und Landschaft in China“ lernen wir in einem wundervoll photographischen Werk kennen, das Ernst Boerschmann als Ergebnis einer mehrjährigen Reise durch zwölf chinesische Provinzen im Verlag von Ernst Wasmuth Berlin herausgegeben hat. Die 288 Photographien dieses Werkes gehören zum Schönsten und Edelsten, was wir heute zur Hand nehmen können. In diesem Buch zu blättern, ist ein Genuss, sich in die Ideen zu vertiefen, die sich aus der Verbindung von Baukunst und Landschaft in China ergeben, ein Trost. Ein heiliger Stroom

durchflutet diese Gebilde, und die Landschaften, in denen sie stehen, haben etwas Großes und Erhabenes, wie sonst nichts auf der Welt. Eine religiöse Stimmung verbindet das Gebilde der Menschenhand mit den Bergen und mit den Wäldern. Und die Verehrung der Natur hat Werke hervorgebracht, die selbst wieder verehrungswürdig sind, wie die Natur, aus deren Verehrung sie hervorgegangen sind. Der Chinese glaubt an eine Dreieinheit von Kräften und er versteinbildet sie in zwei Drachen, die mit der Perle der Vollkommenheit spielen. Die Drachen sind die sich messenden Kräfte des Geistigen und des Körperlichen, des Männlichen und des Weiblichen, und die Perle in der Mitte ist das Sinnbild des Göttlichen und des Vollkommenen, um das die beiden Drachen ringend, ohne es ertingen zu können.

Einzugartig ist das Verhältnis des Chinesen zur Landschaft. Berge und Täler sind für ihn von Geistern und Kräften bewohnt, auf die er in seinem Leben verehrungsvoll Rücksicht nimmt. Dieser Grundgedanke der Naturverehrung bestimmt seine Baukunst. Ganze Städte sind um eine nach Süden gerichtete Achse gebaut, um damit zum Ausdruck zu bringen, daß das Leben der Gemeinschaft sich nach Süden, gegen Mittag, gegen die in ihrer Vollkraft glühende Sonne verneigt. Die Berge werden von Tempeln gekrönt und in die Felswände der Gebirge meißelt der Chinese taubende Buddhas, die einander gleichen, weil überall die Kraft der Gottheit in gleicher Stärke wirkt.

Von erhabener Anschaulichkeit ist die Formation des ganzen Landes. Im Norden, Süden, Osten, Westen und im Zentrum des Landes erheben sich die heiligen Berge, nach denen sich das Leben des Chinesen orientiert. Die Klöster

auf diesen Bergen sind die Stätten mönchischer Zurückgezogenheit. In diesen Klöstern leben heute noch Menschen in geistiger Absele, bemüht, die Weisheit Buddhas und die Weisheit des Tao (so heißt der göttliche Begriff bei Laozi) zu erwerben und sich in seinem Sinne zu vervollkommen. So heißt es einmal von diesen Klöstern: „Die Wasser rauschen ringsumher, die Berge bilden einen Kranz, die Heiligen wünschen hier zu weilen. Der Mond scheint hell, der Wind weht rein, die Weisen denken hier tiefe Gedanken.“ Und welche Herrlichkeit bieten diese Klöster, selbst der, der sie nur im Bilde sehen kann! Wunderbar kunstreich verzierte Treppen führen durch die schauerliche Wildnis der Gebirge hinauf zum Klosterort und erfüllen den Kommling mit Andacht. Auch von den Gemälden geht ein geheimnisvoller Zauber aus, besonders von jenen herrlichen Landschaftsbildern, auf denen gewaltige Felsen über einen ganz winzigen gemalten Menschen in die Wolken ragen und so den Eindruck menschlicher Kleinheit überwältigend zum Ausdruck bringen. Die chinesische Malerei ist eine philosophische Malerei. Und so wie alles Chinesische, wie die Landschaft, die Baukunst, das Gedicht, ist auch sie Ausdruck eines weiten und geistigen Volkes.

Das chinesische Gedicht ist in Deutschland besonders durch die Uebersetzungen von Veitthe popularisiert worden. Leider sind diese Uebersetzungen sehr schlecht. Sie machen aus den chinesischen Gedichten deutsche Gedichte. Indem sie die chinesische Form und Melodie zerstören, heben sie den Wert vollkommen auf. Die edelsten Uebersetzungen chinesischer Gedichte sind die Prosaübersetzungen von Heilmann, die selber schon lange vergriffen sind. Durch sie erst haben wir einen Begriff von der Größe chinesischer Lyrik bekommen.

### Poincaré wehrt sich.

Paris, 16. November. Zu Beginn der heutigen Kammer Sitzung entwickelte Abgeordneter Guillaumont seine Interpellation über die Chikanen der französischen Aviatiker, welche in Deutschland zu landen geübt sind. Er verlangt entsprechende Repressalien, da Frankreichs Prestige durch diese Vorgänge gelitten habe.

Poincaré verlangt das Wort und erklärt, daß, trotzdem er sich angesichts der schwebenden Verhandlungen eine gewisse Reserve auferlegen müsse, ihm daran gelegen sei, eine Erklärung abzugeben, weil insbesondere die in einem alliierten Parlamente vorgebrachten Anschuldigungen eine Darlegung der französischen Politik erheischen. Ich will niemanden darüber im Unklaren lassen, sagte Poincaré, daß nicht durch das Verschulden Frankreichs die Entente zwischen den Alliierten bedroht werden könnte. Es liegt mir daran, darzulegen, daß wir seit einigen Jahren ständig nachgegeben (?) haben und daß wir keineswegs das beabsichtigen, was uns zugemutet wird. (Beifall.)

Auf die Außenpolitik im allgemeinen eingehend, konstatiert er, daß die Ereignisse bewiesen haben, daß er recht hatte, die Politik der Ergreifung von Pfändern gegenüber Deutschlands zu verfolgen. Er gibt sodann einen Rückblick der von den Alliierten getroffenen Entscheidungen von der Konferenz in San Remo angefangen, um Deutschland zur Erfüllung seiner Verpflichtungen zu verhalten. Er präzisiert namentlich die These, die er auf der Londoner Konferenz im August 1922 verfochten hat. Deutschland kam dann mit dem Ansuchen eines Moratoriums unter dem Vorwande seiner zerrütteten Finanzen, doch tat es nichts, um das Budget auszugleichen, im Gegenteil, arbeitete es auf den Verfall der Mark hin. Den Gegnern der französischen Außenpolitik müsse in Erinnerung gebracht werden

### Amerika „ermägt“ Lebensmittelkredite für Deutschland.

Inzwischen verhungert die deutsche Bevölkerung. London, 16. November. Der Washingtoner Berichterstatter der „Times“ erfährt aus nicht-offizieller aber bester Quelle, daß die Regierung des Präsidenten Coolidge für Deutschland eine Anleihe in der Höhe von 130 Millionen Dollars zum Ankauf von Lebensmitteln in den Vereinigten Staaten ermäge. Der Plan habe in seinen breiten Umfassen bereits die Zustimmung des Handelssekretärs Hoover erhalten und werde auch vom Präsidenten und anderen Mitgliedern des Kabinetts als günstig angesehen. Die Ueberwachung der Verwendung des Geldes wird Hoover anvertraut. Die Verteilung der so gelieferten Nahrungsmittel würde der deutschen Regierung überlassen werden. Man erwarte, daß es nicht sehr schwierig sein werde, die Zustimmung des Kongresses zu dem Plane zu erhalten. Das Geld würde zum Ankauf von Schweinefleisch und Weizen verwendet werden.

### Rehrens im englischen Parlament.

Die Thronrede kündigt die Auflösung an. London, 16. November. (N.N.) Beide Häuser traten heute früh zusammen, doch waren ihre Verhandlungen bloß formalen Charakters. Mittags wurde die Thronrede des Königs von der Auflösung des Parlamentes in folgender Fassung verlesen: Meine Regierung hat kürzlich die Verhandlungen über die Errichtung einer Prüfungs-Kommission für die Festsetzung der deutschen Zahlungsfähigkeit zu den Reparationsleistungen unter Mitarbeit der Vereinigten Staaten eröffnet. Ungeklärterweise konnte nicht die Zustimmung der französischen Regierung für diese Vorschläge gesichert werden. Wie man hoffte, zur Lösung des Reparationsproblems führen würden. Meine Regierung sieht mit tiefer Befürchtung auf die Fortsetzung der gegenwärtigen wirtschaftlichen

Verhältnisse in Europa, die in so weitem Maße mit der Regelung dieser Frage zusammenhängen. In Deutschland ist eine ernste Situation entstanden, die die sorgfältige und ernste Aufmerksamkeit meiner Regierung hervorruft. Die Thronrede führt schließlich aus: Die Stellung der Landwirtschaft und das Problem der Arbeitslosigkeit im Lande werden meine tiefen Befürchtungen. Trotz aller Anstrengung meiner Regierung, die Industrie zu unterstützen und die Schwierigkeiten zu erleichtern, bleibt die Situation einer großen Zahl unserer Mitbürger bedauernd. Meine Minister sind überzeugt, daß so lange nicht Maßnahmen für den Schutz und die Entwicklung der heimischen Märkte getroffen werden, keine Besserung der Lage erwartet werden kann.

Verhältnisse in Europa, die in so weitem Maße mit der Regelung dieser Frage zusammenhängen. In Deutschland ist eine ernste Situation entstanden, die die sorgfältige und ernste Aufmerksamkeit meiner Regierung hervorruft. Die Thronrede führt schließlich aus: Die Stellung der Landwirtschaft und das Problem der Arbeitslosigkeit im Lande werden meine tiefen Befürchtungen. Trotz aller Anstrengung meiner Regierung, die Industrie zu unterstützen und die Schwierigkeiten zu erleichtern, bleibt die Situation einer großen Zahl unserer Mitbürger bedauernd. Meine Minister sind überzeugt, daß so lange nicht Maßnahmen für den Schutz und die Entwicklung der heimischen Märkte getroffen werden, keine Besserung der Lage erwartet werden kann.

### Macdonalds Mißtrauensantrag abgelehnt.

London, 16. November. (Sabas.) Ramsay MacDonald begründete im Unterhause den Antrag der Arbeiterpartei, der Regierung das Mißtrauen auszusprechen. Er machte der Regierung zum Vorwurfe, daß sie es zugelassen habe, daß durch die französische Okkupation der industrielle Bereich Englands mit dem Ruhegebiete und Mitteleuropa abgeschnitten wurde. Nach der Antwort des Ministerpräsidenten Baldwin wurde der Mißtrauensantrag der Arbeiterpartei vom Unterhause mit 285 gegen 190 Stimmen abgelehnt.

### Großdeutsche Einigkeit in Oesterreich.

Wien, 16. November. (Eigenbericht.) Die Zerlegung im Lager der österreichischen Deutschnationalen greift weiter um sich. Zu den schon bestehenden drei Parteien: den Großdeutschen, den Nationalsozialisten und den Landbündlern, die alle drei gegeneinander im Kampfe stehen, treten nun weitere Parteigründungen hinzu. Nach den A. S. Wolf, der frühere Reichsdiplomats, der aus der großdeutschen Partei ausgeschlossen wurde, eine eigene deutschnationale Volkspartei gegründet hatte, tritt jetzt auch der ehemalige Reichsratsabgeordnete Franz Stein zusammen mit Professor Otto, dem Vertrauensmann Ludendorffs in Oesterreich, für die Gründung einer „Deutschen Freiheitspartei“ in Oesterreich ein. Die Partei soll vor allem die seinerzeit von Schönerer betriebene Los-von-Rom-Bewegung neu entfachen.

### Die Mörder Borowskis freigesprochen.

Lausanne, 16. November. In dem Prozeß gegen den Mörder des russischen Sowjetführers Borowski Conrad und den mitangeklagten Anführer der Tat Polunin wurde nach wochenlanger Verhandlung das Urteil gefällt. Beide Angeklagten wurden auf Grund des Verdachts der Geschworenen freigesprochen, dagegen zur Tragung der Kosten zu gleichen Teilen verurteilt. Ihre sofortige Freilassung wurde angeordnet. Das im Verhandlungsfaal anwesende zahlreiche Publikum nahm das freisprechende Urteil beifällig auf.

### Jugoslawien verzichtet auf Triume?

Paris, 16. November. (Sabas.) Die „Le Matin“ aus Belgrad meldet, ist ein italienisch-jugoslawisches Abkommen abgeschlossen worden, welches die Annexion Fiumes durch Italien und Schaffung einer jugoslawischen Freizone im Fiumaner Hafen enthält.

### Kurze Auslandsmeldungen. Wilhelms Erklärungen.

New York, 16. November. (Sabas.) Wie „New York American“ aus Doorn meldet, hat der ehemalige deutsche Kaiser erklärt, daß er keinem Versuche der Restaurierung der Monarchie zustimme, und fügt hinzu, er habe von dem Plane des ehemaligen Kronprinzen, nach Deutschland zurückzukehren, nicht gewußt.

in dieser kennen lernen. Seine Weisheit, seine edle Metaphorik, seine erhabene Anschaulichkeit, seine altersgraue Abendmüde sind Trost und Ansporn in dieser Zeit, da es keinem europäischen Dichter gelingt, uns über unser Elend zu trösten. Christen hat gleichzeitig den Schi-Ring neu herausgegeben, das heißt die schönsten Stücke dieses klassischen chinesischen Liederbuches nach der Uebersetzung von Friedrich Rückert zusammengestellt, aber fast jedes Stück gefeilt und zum Teil neu überseht. (Verlag E. P. Thal, Wien). Da ist ihm Manches wundervoll gelungen. Das chinesische Volkslied läßt sich auch in der Form des deutschen Volksliedes genießen, besonders, da Ehrenstein alles Deutsch-Previnzelle ferngelassen und mit den Wortenformen einer sehr reinen Sprache das chinesische Gedicht nachgebildet hat. Da sind Lieder von Frauen und Männern, Gedichte von Ehe, von Geburt und Tod, Wünsche, Arbeitslieder, düstere und rebellische Gesänge der hauslosen Soldaten, kurz ein herrlicher Abgang der chinesischen Lyrik fast Stück für Stück auch im Deutschen meisterhaft. Wo soll ich hier anfangen zu zitieren! Der Schi-Ring ist zu schön und zu berühmt, als daß er der Beweise bedürfte. Aber es wäre Zeit, daß ein größerer Teil der Menschen, die Gedichte lesen, sich dieser farbigen und vollen Welt zuwenden. Reisen nach China sind uns nicht möglich, aber im Bilde und im Liede können wir auch von hier aus Teile der Schönheit und Größe erleben, die drüben vierhundert Millionen Menschen zu einer mächtigen und unerschütterlichen Kulturvereinigung zusammengeschlossen hat. F. S.-Berlin.

### Ein neuer Präsidentschafts-Kandidat.

London, 16. November. Reuter berichtet aus Chicago: Senator Johnson aus Kalifornien beachtet sich als republikanischer Kandidat für die Präsidentschaft der Vereinigten Staaten aufstellen zu lassen. Senator Johnson hat seine Gegnerschaft gegen den Völkerbund ausgesprochen.

### Starke Opposition gegen Witos-Korsanich.

Warschau, 16. November. In der heutigen Sejmung wurde ein Antrag des sozialdemokratischen Abgeordneten Czajinski, der Regierung das Mißtrauen auszusprechen, mit 195 gegen 176 Stimmen abgelehnt.

### Der Parteitag der österreichischen Sozialdemokratie

#### Der letzte Tag der Verhandlungen.

Wien, 16. Nov. (Eigenbericht.) Der Parteitag der österreichischen Sozialdemokratie hat heute seine Beratungen zu Ende geführt. In der Vormittagsitzung wurde die Debatte über das Resolutionsgesetz Dr. Bauer abgelehnt. Abgeordneter Genosse Leuthner stellte fest, daß auf dem Parteitag kein einziger der Meinung ist, man könnte mit den Christlichsozialen, wie sie aus den Wahlen hervorgegangen sind, jetzt eine Koalition schließen. Auch Genosse Dr. Renner stellt fest, daß man in eine Koalition nur dann eintreten könnte, wenn die Arbeiter es verlangen. Wenn die Republik in Gefahr ist, dann könnte einmal der Augenblick kommen, in dem hunderttausende aufmarschierende Arbeiter sagen, obwohl wir die Minderheit sind, muß das Heer von einem Sozialdemokraten verwaltet werden. Genosse Austerlitz führte aus: Auch wenn uns die geschichtliche Notwendigkeit in die Regierung zwingen würde, so wäre das nur der sauerste Apfel, in den man beißen müßte. Eine Koalitionsregierung ist ein Widerspruch gegen den Sozialismus, weil sie uns aus unserer natürlichen Stellung in der kapitalistischen Welt hinauszudrängt. Daß wir im Jahre 1920 aus der Koalition ausgetreten sind, ist der Grund dafür, daß wir uns bei den Wahlen so un-

### Eine Spiritusaffäre in der Koalition.

#### Senatspräsident Brasel — Vorsitzender eines Korruptionsverbandes. — Die Genossenschaft der Spirituskapitalisten hebt eine Korruptionssteuer ein. — Die rätselhaften zehn Millionen.

Der Konfliktstoff, der sich in der letzten Zeit in der Koalition aufgeschauelt hat, hat eine neue, liche Bereicherung erfahren. Die tschechisch-nationaldemokratische Presse erhebt gegen die tschechischen Sozialdemokraten die Beschuldigung, vom Verbands der Spiritusbrennereien zehn Millionen Kronen als Schweigegeld empfangen zu haben. Der Ursprung der Affäre war ein Artikel Salbas in einer nationalsozialistischen Zeitung, in der dieser tschechische Schriftsteller andeutete, daß aus Gründen des politischen Prestiges einzelner Parteien verschiedene Korruptionsaffären verschwiegen werden. Die nationaldemokratische Presse behauptet nun, daß die tschechischen Sozialdemokraten zehn Millionen für Parteizwecke aus dem Verband der Spiritusbrennereien erhalten hätten. In einer Beratung habe Senatspräsident Brasel, der zugleich Vorsitzender des Verbandes der Spiritusbrennereien ist, erklärt, niemand könne ihn zwingen, mitzuteilen, wer das Geld erhalten hat. Gegen die erhabenen Beschuldigungen wandle sich der Erefutivanspruch der tschechischen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in einer Erklärung, in der festgelegt wird, daß weder die Partei noch ihre Mitglieder von dem Spiritusbrennereifond jemals etwas angenommen hat.

#### „Der Vorsitzende des Senates Karl Brädel muß sprechen!“

besaß sich das Abendblatt des „Pravo Lidu“ mit der Affäre und macht hiebei einige ganz interessante Mitteilungen. In Prag existiert eine „Genossenschaft der landwirtschaftlichen Spiritusbrennereien“, die alle Besther sämtlicher Spiritusbrennereien in der Tschechoslowakischen Republik vereinigt. Für jeden Hektoliter erzeugten Spiritus muß jeder Spiritusbrenner 40 Kronen an die Genossenschaft abliefern. Wenn man erwägt, daß in der letzten Kampagne 400.000 Liter Spiritus erzeugt wurden, so kann man feststellen, daß die Genossenschaft

#### 19.200.000 Kronen in einer Kampagne verdient.

Das ist der Fond, aus dem den öffentlichen Staatsfunktionären und politischen Faktoren verschiedene Bestechungen gezahlt werden. Das Aergste aber ist, daß der Vorsitzende dieses Verbandes niemand anderer als der Senatspräsident und gewesene Minister für Landwirtschaft Karl Brädel ist, der

gendfrisch und im Herzen der Arbeiter so fest wurzelt erwiesen haben.

In seinem Schlusswort stellt Genosse Dr. Bauer fest, daß alle Delegierten einig in der Meinung sind, daß unter den gegenwärtigen Verhältnissen an eine Koalition nicht zu denken sei. Der Unterschied bestehe nur darin, daß einige Genossen erwägen, daß einmal eine andere politische Situation eintreten könnte. Die anderen sind diejenigen, welche das Eintreten einer solchen Situation fürchten. Hinter der Forderung der Koalition können ganz verschiedene Dinge stecken.

Die Koalition vom Jahre 1919 war eine Form der Vorherrschaft der Arbeiterklasse. Die Koalition, in der sich die tschechischen Sozialdemokraten in der Tschechoslowakei befinden, ist der Ausdruck der Herrschaft der vereinigten Klassen der ganzen tschechischen Nation über die Deutschen und Magyaren aller Klassen. Koalition und Koalition ist nicht dasselbe. Was eine Koalition in ihrem sozialen Inhalt ist, das hängt von den Machtverhältnissen zwischen den Klassen ab. Es wäre ein Irrtum, eine Koalition vom revolutionären Standpunkt aus als reformistisch abzuzeichnen. Die Frage der Koalition hat nichts mit dem Reformismus zu tun. Die Koalition kann ein Mittel des Klassenkampfes zur Stabilisierung seiner Ergebnisse sein. Sie kann aber auch eine Preisgabe des Klassenkampfes und damit eine schwere Schwächung des Klassenkampfes sein. Daß wir etwa in eine Koalition eintreten sollten, damit wir das Exerzimentsministerium haben, wie es ein Genosse angedeutet hat, ist ganz ausgeschlossen. Nichtig ist aber, was ein anderer Genosse gesagt hat, daß wir die Arbeiter mit dem Gedanken veriran machen, daß, wenn die Sozialdemokratie die entscheidende Stärke hat, die Koalition an sich noch nichts Verderbliches für die Arbeiterklasse ist.

Nachmittags wurde ein Referat über die „Alters- und Invalidenversicherung“ gehalten, worauf eine Resolution angenommen wurde, die den Parteivorstand beauftragt, ungefähr alle Maßregeln für die Erreichung dieser Forderung zu treffen.

Bei der Wahl in den Parteivorstand wurde auch Genosse Frisk Adler in diesen gewählt.

Damit war die Tagesordnung erschöpft und Genosse Seig schloß mit einem Rückblick auf die geleistete Arbeit den Parteitag.

#### am 28. Oktober dem Präsidenten der Republik einen Vortrag über die öffentliche Sittlichkeit

hielt. Das hielt aber Brasel nicht ab, das Amt eines Vorsitzenden der Genossenschaft der Spiritusbrennereien auszuüben und in dieser Eigenschaft einen Korruptionsfond von mehreren Millionen zu verwalteten. Niemand weiß, wie Brasel das Geld ausgab, weil er bis zum heutigen Tage über seine Bewirtschaftung niemandem eine Berechnung vorlegte. In den Generalversammlungen der Genossenschaft wurde dies immer große Unzufriedenheit, aber die ausgelegten Mitglieder wurden dadurch beschwichtigt, daß man ihnen sagte, der Vorsitzende des Senates sei über alle Verbindlichkeiten erhaben und daß er offensichtlich nicht sagen könne, wieviel und wem er Bestechungsgelder gegeben hat.

#### Niemand weiß, was mit den Millionen geschehen ist.

Die nationaldemokratische Presse erklärt nun, daß Brasel den tschechischen sozialistischen Parteien zehn Millionen Kronen gegeben habe. Die verantwortlichen Instanzen der tschechischen sozialistischen Parteien haben — so sagt das „Pravo Lidu“ — bereits gesprochen, sie haben erklärt, daß sie nicht einen Heller angenommen haben und nun liegt es am Senatspräsidenten Brasel, auch seinerseits zu sagen, wie es sich mit der Beschuldigung verhält.

#### Herr Karl Brädel muß sagen, wem er die zehn Millionen Kronen gegeben hat.

Das „Pravo Lidu“ fragt zum Schluß, ob es möglich ist, daß der Senatspräsident gleichzeitig Leiter der größten Korruption ist, die je in der Republik in Erscheinung trat.

#### Lord George und Asquith wieder in einer Partei.

London, 16. November. Anlässlich der Einigung der liberalen Partei wurde gestern eine große Versammlung unter dem Vorstehe von Grey abgehalten. Hauptredner war Asquith. In einer Entschließung wurde gegen die übereilte Ausernennung von Remington protestiert, die eine ausreichende Erörterung der Schutzpläne der Regierung im Parlamente unmöglich mache, und erklärt, das wahre Mittel zur Befämpfung der Arbeitslosigkeit sei Ausbehnung der Arbeiterversicherung, Verwendung öffentlicher Mittel für die Hebung der Produktion und die Wiederherstellung Europas.

### Die Budgetberatung.

Der Budgetausschuss beriet gestern und heute die Kapitel „Staatsschuld“, „Länderzuweisungen“, „Reparierungen“, „Liquidierungen“, „Staats-schuld“ und „Finanzministerium“.

Nach den Berichtserstattungen gelangte zum Wort der tschechische Sozialdemokrat Nemes. Er spricht über die Frage der Spirituswirtschaft, die in den letzten Tagen Gegenstand ausführlicher Zeitungsvoten war. Er weist darauf hin, daß der Spiritus im Staatsbudget eine ergiebige finanzielle Quelle ist. Er kommt auf die Beschuldigungen der sozialistischen Parteien zu sprechen und bittet den Finanzminister zur Entbillung der Berechnungsart zu bewegen und zu sagen, was an der Sache sei. Redner weist nicht nur in seinem sondern auch im Namen seiner Partei jede Verdächtigung, die seitens der nationaldemokratischen Blätter erhoben wurde, auf das entschiedenste zurück.

Genosse Taub stellt die Frage, ob es der Finanzminister nicht für zweckmäßig hält, schon jetzt den Standpunkt des Finanzministeriums in dieser Sache dem Ausschusse mitzuteilen.

### Der Finanzminister über die Spiritusaffäre.

Finanzminister Bella besprach den Vertrag mit der Spiritusgesellschaft. Er habe gefordert, daß bestimmte Bedingungen im Vertrage festgesetzt werden, die eine Garantie für die Einkünfte, die mehr als 280 Millionen im heurigen Jahre betragen, bilden. Was die Uebernahme der Vorräte betrifft, mußten sie zu dem Preise übernommen werden, wie sie von der Uebernahmungskommission bezahlt wurden. Nach langen Verhandlungen wurde schließlich ein Preis von 500 Kronen festgesetzt, daß die Vorräte zu diesem Preis von der Gesellschaft übernommen wurden. Das ist auch der Preis, den wir heute den Spiritusbrennereien gezahlt haben. Was die Garantie betrifft, so verhält sich die Sache nicht so, wie Abg. Nemes glaubt. Alle Spiritusvorräte stehen unter staatlicher Aufsicht und es wurde eine Garantie für den Fall vereinbart, wenn vielleicht der Preis unter 500 sinken würde, denn die Garantie beträgt im ganzen 100 Prozent und überdies noch 50 Prozent Bankgarantie. Was die Vereinbarungen über den Vertrag selbst und die Zeitungsnachrichten über Beschuldigungen betrifft, so stimmt der Minister damit überein, daß

die betreffenden Leute, die beschuldigt haben, sicherge stellt werden.

Der Minister erklärt, er könne das in der Sache nicht sehen, was Abg. Nemes sehe, der einen Standpunkt gegen diesen Vertrag eingenommen hat. Vom Verfassungsstandpunkt aus beharrt er auf seinen Ansichten. Als Finanzminister hat er es für seine Pflicht angesehen, die Sache dem Ministerpräsidenten vorzulegen. Wenn die Regierung die Sache nicht genehmigt, werde sie nicht die schwere Verantwortung haben, wenn man erkennt, daß die Spirituswirtschaft auf dem bisherigen Wege nicht weitergehen kann. Die Sache dem Parlament vorzulegen, würde eine Ver-zögerungsgeschichte bedeuten, weil bereits die zweite Kampagne begonnen hat.

Es wäre notwendig, entweder die bevorstehende Kampagne einzustellen oder den Spiritus nur in beschränktem Maße zu verkaufen. Der Ministerpräsident entschied, daß der Vertrag dem Ministerate vorgelegt wurde, der ihn einhellig genehmigte. Daß diese Wirtschaft dem Staate nützlich ist, ist aus den Ergebnissen der Wirtschaft in den ersten Monaten dieser Gesellschaft ersichtlich. Er konstatiert, daß im Vorjahre im ganzen 67.000 Hektoliter abgesetzt wurden, während heute in den ersten Monaten, wo das Geschäft erst beginnt, abgesehen vom Gebrauch für Dyzkol, über 88.512 Hektoliter verkauft wurden. Das bedeutet, daß uns aus den bisherigen Spiritusvorräten ungefähr 130.000 Hektoliter übrig geblieben wären und die heutigen Vorräte erst in drei Jahren ausverkauft worden wären. Dann können wir wieder an die Erhöhung der Produktion schreiten, wovon die Feldwirtschaft, besonders die Viehzucht, einen bedeutenden Gewinn hat und der Staat würde natürlich auch gewinnen, weil er an Steuern bedeutende Beträge erhält.

### Fortsetzung der überzeitlichen Methoden.

Genosse Taub sagt, daß die ge-dachte finanzielle Garantie, wie sie aus dem Vertrage mit der Spiritusgesellschaft hervorgeht, einer Aufklärung bedarf. Die Behauptung, daß der Staat mit seinen nicht untergeordneten Spiritusvorräten in Schwierigkeiten wäre, läßt sich nicht aufrecht-erhalten, ebensowenig die Behauptung, daß der Staat sich nicht mit Spiritusgeschäften befassen kann, da doch der Staat selbst das Salz- und Tabakmonopol betreibt. Die Ansicht des Finanzministers, daß die Spirituswirtschaft der Staat auf Grund-lage einer Notverordnung über die Kriegszeit gesehen könne, bedeutet ein bewußtes Ausrücken des Parlamentes. Im Interesse der staatlichen Wirtschaft ist es notwendig, daß dies vollkommen klar sei und

der Vertrag mit der Spiritusgesellschaft muß bedingungslos widerrufen werden.

Die Methoden der Finanzverwaltung sind nichts anderes, als eine Fortsetzung der altösterreichischen Methoden. Wie ist es möglich, in das Budget Steuern einzuführen, die bis zum 31. Dezember fallen? Muß nicht die Zustimmung des Parlamentes vorausgehen? Darf die Waren-steuer nur vom administrativen Standpunkt aus beurteilt werden? Solange wir diese Steuern haben, kann unsere Wirtschaft nicht ge-

## Eine Kundgebung der Bergarbeiterkoalition.

### Stellungnahme zu der vom Revier-räte in Klado einberufenen Tagung der Betriebs- und Revier-räte der Bergarbeiter.

Die vom Revier-rat in Klado veranlaßte Einberufung der Tagung der Betriebs- und Revier-räte der Bergarbeiter für den 25. November d. J. ist das Werk der kommunistischen Partei, die unter der Parole: „Einberufung von Kongressen der Betriebsräte und Betriebsaus-schüsse“ die Spaltung und Zerstörung der gewerkschaftlichen Klassenorganisationen der Arbeiter fortsetzt.

Dem Revier-rat Klado ist gut bekannt, daß alle Aktionen über das Vorgehen und über die Tätigkeit der Bergarbeiter in allen Angelegenheiten, also auch die Aktion der Betriebs- und Revier-räte, immer nur im Einverständnis und unter Mitwirkung der koalitierten Ver-bände erledigt wurden und erledigt werden können.

Der Revier-rat in Klado ist wie alle übrigen Revier-räte in der „Zentralstelle der Revier-räte“ vertreten, die auf der Konferenz in Mähr.-Ostrau am 31. Juli d. J. in seiner Anwesenheit und mit seiner Zustimmung gewählt wurde. Dieser Zentralstelle der Revier-räte ob-liegt es, im Einvernehmen mit den koalitierten Bergarbeiterverbänden über das Vorgehen der Betriebs- und Revier-räte zu beraten und zu beschließen.

Vom Revier-rat Klado wird jedoch, ohne daß er vorher den Sozialdemokraten, auf dessen Kandidatenliste er gewählt wurde, oder einen anderen der koalitierten Verbände, ohne daß er die „Zen-tralstelle der Revier-räte“, in welcher er vertreten ist, verständigt oder die Einberufung derselben verlangt, vollständig eigenmächtig die oben angeführte Tagung der Betriebs- und Revier-räte der Bergarbeiter einberufen und durch den in der kommunistischen Presse veröffentlichten Aufruf das

Solange das Verhältnis der direkten zu den indirekten Steuern 1:4, ja, schließlich 1:5 ist, sind wir auf Abwegen. Deshalb benötigen wir eine eingehende Steuerreform. In der Frage der Kriegsanzahlung der Kriegsanleihen für Unbemittelte.

Es wäre notwendig, daß sich der Finanzminister endlich auch über die Forderung aussprechen würde. Der Redner weist dann auf die Affäre der Mähr.-Schlesischen Bank hin und fordert eingehende Aufklärung ebenso darüber, wie es kommt, daß die Dividenden in Prag stets höher als auf ausländischen Börsen verzeichnet sind.

### Die mangelnden Zeitungen an die Krankenhäuser.

Im weiteren Verlauf der Debatte sprach Genosse Hadenberg. Er reagiert auf die Ausführungen des Abg. Puffner, der behauptete, daß die Koalition dem Sozialismus nicht feind sei, und widerlegte dies. Er behandelt dann die Zuteilungen an die Krankenhäuser, welche völlig ungenügend sind, so daß eine gebührende Ausgestal-tung der Krankenhäuser unmöglich ist. Es wäre am Platze, den Landesverwaltungen und den Bezirken genügende Mittel zur Verfügung zu stellen, damit sie

auf dem Gebiete des Gesundheitswesens mehr leisten als bisher.

Aber gerade diese Posten sind im Budget gründlich herabgesetzt worden und es wurde für diese Herabsetzung gar keine Begründung gegeben. Dazu kommt noch, daß die Landesverwaltung bereits ihre Voranschläge fertiggestellt haben und hierbei mit den früheren Zuweisungen rechneten. Merkwürdig wirkt es, daß im Budget außer-gewöhnliche Ausgaben auf die Li-liquidierung der Reparierungen eingestellt sind. Dazu wäre es unbedingt nötig, ein eigenes Gesetz zu schaffen und es im Par-lamente zu behandeln. Unsere Partei stellt sich daher entschieden gegen dieses Kapitel des Budgets.

Nach einigen tschechischen Rednern gelangt zum Wort Genosse Fischer. Er beschwert sich darüber, daß das Oberste Rechnungswesen nicht über die Staatsschulden berichtet, was gegen das Gesetz aus dem Jahre 1919 verstößt. Dem Parlament fehlt auch die Kontrolle darüber, ob die angenommenen Kredite für den hiezu bestimmten Zweck verwendet wurden. Redner fordert Aufklärung darüber, welche Abzah-lungen auf die Auslandsschuld im Jahre 1923 leistet wurden.

Die Volkswirtschaft hat durch die Deflations-politik unerschwertere Verluste erlitten, ohne daß diese Verluste besonders in der Staatswirtschaft hervortrat.

Es herrscht auch Unklarheit über die altösterrei-chischen Schulden. Im Budget ist die Appen-tations-schuld und die Kassenanweisungen der österreichisch-ungarischen Bank nicht enthalten, während die Vorkriegsschulden um 12 Millionen niedriger angesetzt sind als im Jahre 1923. Die alten der alten Schulden werden für das Jahr 1923 mit 8.8 Prozent, für 1924 mit 6.13 Pro-zent fest.

Nachdem noch Finanzminister Bella auf die Ausführungen einzelner Redner reagierte, ging der Ausschuss zur Beratung des Kapitels „Mi-nisterium für nationale Verteilung“ über.

Vorgehen der koalitierten Bergarbeiterverbände völlig unbegründet angegriffen.

Dieses Vorgehen des Kladoer Revier-rates ist eine grobe Verletzung der bisher anerkannten und bewährten Zusammenarbeit der Betriebs- und Revier-räte mit den koalitierten Berg-arbeiterverbänden, ist die Fortsetzung der von der kommunistischen Partei betriebenen Wählerarbeit gegen die Gewerkschaftsorganisationen der Bergarbeiter, durch welches das bis zum heutigen Tage einheitliche Vorgehen der Bergarbeiter schwer gefährdet wird. Der Rev.errat Klado leg. sich durch dieses sein Vorgehen über alle Beschlüsse der Bergarbeiter-Konferenz hinweg. Aus diesen Gründen empfehlen die koalitierten Bergarbeiterverbände den Betriebs- und Revier-räten, sich zu diesem Spaltungs-erte der kommunistischen Partei nicht herzugeben und diese T... gung zu ignorieren. Die Beschlüsse derselben können selbstverständlich für das weitere Vorgehen der koalitierten Verbände nicht bindend sein.

Mitglieder der Betriebs- und Revier-räte! Lehnt diese neue Spaltungsstat der kommunistischen Partei ab, laßt euch zu keiner moralischen oder materiellen Unterstützung dieser Aktion mißbrauchen. Richtet euch nach den Weisungen der koalitierten Verbände, welche gemeinsam mit der Zentralstelle der Revier-räte die notwendigen Vor-lehrungen hinsichtlich der weiteren Tätigkeit und Vorgehens der Betriebs- und Revier-räte im Geiste der Grundsätze des Klassenbewußten Sozialismus durchzuführen werden.

Prag, am 16. November 1923.

### Die koalitierten Bergarbeiterverbände.

### Der Ausbau der Wasserstraßen.

Bei Behandlung des Voranschlags des Mi-nisteriums für öffentliche Arbeiten im Budget-ausschuss machte Genosse Fischer darauf aufmerk-sam, daß von den 40.222.880 Kronen, welche für den Ausbau der Wasserstraßen verwendet wer-den, für die dringend notwendige Ausgestaltung der großen Elbehäfen Ruffig, Rosa witz und Laube, sowohl in baulicher, wie technischer Hinsicht gar nichts abfällt. Sinegen wird für den Ausbau der Donauhäfen Breßburg und Komorn der Betrag von 3.100.000 Kronen ausgeworfen. Im Investitionsprogramm werden für diese beiden Häfen weitere 21.000.000 Kronen angefordert, während für Schiffswerften auf der Elbe insgesamt nur 2.000.000 Kronen eingestellt sind. Der Minister hob selbst die un-erhebliche größere Bedeutung der Elbehäfen gegen-über den Donau-Umschlagplätzen hervor, verteidigte aber die geringen Aufwendsbeträge für erstere damit, daß im alten Oesterreich für die Elbe-häfen große Ausgaben gemacht worden sind. Von dem im Investitionsprogramm für das Jahr 1924 für Wasserbauten angeforderten Be-träge von 94.950.000 Kronen entfallen auf Böh-men 53.850.000 Kronen, auf Mähren und Schle-sien 5.500.000 Kronen, auf die Slowakei und Karpathorussland 31.600.000 Kronen und für Hafenbauten und Schiffsbedarf 4.000.000 Kronen.

### Inland.

### Veränderungen im Regime Karpatho-russlands.

### Beschlüsse des Ministerrates.

Eine gestern stattgefundene Sitzung des Mi-nisterrates befahle sich mit den Verhältnissen in Karpathorussland, deren Unhaltbarkeit nunmehr auch in Regierungskreisen eingesehen wird. Das Amt des Gouverneurs verließ bisher Vizegouverneur Ehrenfeld, da es seit 1921, da Dr. Zatkowicz nach Amerika reiste, unbesetzt war. Ehrenfeld hat nun einen längeren Urlaub erhalten, von dem er kaum mehr zurückkehren dürfte. Zum Gouverneur ernannte der Ministerrat den Advokaten Dr. Veskid, der außerhalb jeder Partei steht und gerade deshalb von der Regie-rung mit diesem Amt betraut wird. Veskid war Abgeordneter im alten ungarischen Parlament und hat an der Pariser Friedenskonferenz teil-genommen, in der er für den Anschluß Karpatho-russlands an die Tschechoslowakei plädierte. Ves-kid wurde noch vor der gestrigen Abreise Majaryk in die Schweiz vom Präsidenten in Audienz empfangen. In Regierungskreisen wird erklärt, daß an eine politische Änderung im Karpathorussischen Regime nicht gedacht werde und daß es sich haupt-sächlich um eine administrative Maßnahme handle. Von anderer Seite aber wird betont, daß die Re-gierung an die Lösung verschiedener Karpathorussischer Fragen schreiben will. Einerseits spricht man vom Ausbau der Autonomie Karpathoruss-lands, andererseits heißt es, daß Karpathorussland mit der Slowakei in ein engeres Verhältnis ge-bracht werden soll, wobei aber an die im Friedens-

vertrag festgelegten Rechte Karpathorusslands nicht gerührt werden wird

Gleichzeitig mit der amtlichen Bekanntgabe dieser Veränderung im Amte des Gouverneurs soll der Ministerialrat Rosipal zum Vizegou-vernneur Karpathorusslands ernannt werden.

### Tages-Neuigkeiten.

### Das Kindereind in Berlin.

Einen erschütternden Bericht über das Elend der Schulhinder in Berlin bringt der Berliner „Vorwärts“. Die Zustände sind natür-lich in den anderen Großstädten Deutschlands nicht besser als in Berlin und überwiegen in ihrer Grausamkeit bei weitem die der Elends-jahre des Weltkrieges. Der „Vorwärts“ schreibt:

Die Lücken in der Schülerzahl werden, wie uns ein Lehrer schreibt, täglich größer. Entschul-digungen wie „Ich konnte mein Kind nicht zur Schule schicken, da wir nichts mehr zu essen haben“, laufen täglich ein. Oder die bange Bitte einer geängstigten Mutter: „Sollte dem Gwaid in der Schule schlecht werden, so schicken Sie ihn doch bitte nach Hause, er hat seit gestern mittag nichts mehr ge-essen.“ Alles das sind tägliche Vorkommnisse, und die eigenen Frühstücksbissen würgen einem im Halse, wenn man daran denkt, daß in der Klasse eine Anzahl von Kindern sitzt mit leerem Magen, die schüchtern auf den Augenlidern warten, in dem ihnen zu Hause ein läng-liches Essen vorgesetzt wird; oft aus trockenem Brot oder kalten Kartoffeln, ja oft sogar nur aus gekochten Kartoffelschalen bestehend. Im neunten Berliner Schulkreise wurden am 22. Oktober 470 Kinder gezählt, die bis zum Schlusse des Unterrichtes saßen, ohne irgend etwas gegessen zu ha-ben. Es gibt eine Anzahl von Familien, die bei den jetzigen Gas- und Kohlenpreisen sich ein warmes Mahl, sei es auch noch so einfach, nicht mehr bereiten können. Und dazu nichts mehr auf dem Beibe! Mit Schrecken wurde bei den letzten ärztlichen Untersuchungen festgestellt, daß viele Kinder buchstäblich kein Hemd mehr auf dem Leibe haben, andere wieder nur noch traurige Überreste eines normalen Bestandes. Ganze und faulere Unterwäsche nutzte an wie ein Märchen aus schöner Zeit. Wenn auch der Anblick fremden Elendes die eigene Sorge noch klein erscheinen läßt, so muß es in jedem Er-zieher, der ein Herz für seine Kinder hat, die drin-gende Forderung wachrufen, daß Staat und Ge-meinde mit der ganzen noch vorhandenen Kraft da zu helfen veruchen, wo es sich um die Zukunft un-seres Volkes handelt. Verkommt unsere Jugend auch körperlich, dann sind wir am Ende unserer Daseins. Darum müssen Mittel und Wege ge-funden werden, um zu helfen. Es handelt sich jetzt darum, das Notwendigste zum Leben herbei-zuschaffen. Die Volksspeisungsaktion, die „Reichs-hilfe“ sind in diesem Sinne sehr zu begrüßen. Aber alles das ist dennoch bei weitem nicht genug. Vor Jahresfrist verlegten die Quäler in Anbe-tracht der dortigen Hungernot ihre Haupttätigkeit nach Rußland. Heute dürsten unsere Zustände sich von den damaligen russischen wenig unterscheiden. Viel-leicht veranlaßt die fürchterliche Not des deutschen Volkes, und vor allem der Kinder, die Quäler, wieder ihre Augenmerk auf Deutschland zu richten.

### Gemeinsames Vorgehen der sozialistischen Studenten in Prag.

Der internationale Ausschuss der sozialistischen Studentenschaft Prag, der Klub der tschechischen nationalsozialistischen Studenten, der Klub der unabhängigen sozialistischen Studen-ten, die Vereinigung der sozialdemokratischen Ma-deniker, die kommunistische Studentenschaft, die freie Vereinigung der sozialistischen Studenten aus der Slowakei und die „Freie Vereini-gung sozialistischer Akademiker“ er-lassen einen gemeinsamen Aufruf an die gesamte fortschrittliche Öffentlichkeit, in dem gegen das antidemokratische Regime im tschechischen Studentenheim in Prag protestiert wird. Obwohl die Lokaltäten des Studentenheims den politischen Vorträgen und reaktionären Kundgebungen der Emigranten-Studenten zur Verfügung stehen, hat das Studentenheim die Forderung seiner sozialis-tischen Mitglieder, seine Lokaltäten zur Feier der russischen Revolution zur Verfügung zu stel-len, abgelehnt. Auch trägt sich die Verwaltung des Studentenheims mit der Absicht, den Studen-ten Holejka, der im Verwaltungsausschusse gegen den reaktionären Beschluß stimmte, auszu-schließen. Die Studentenschaft protestiert gegen die Reaktion, die mit Hilfe der Emigranten-Studen-ten in der tschechoslowakischen Studentenschaft, in der sie jeden Einfluß längst verloren hat, wieder Fuß fassen will.

Alexander Gleichweil gestorben. Aus Buda-pest wird vom 15. November gemeldet: Der Ab-geordnete der Nationalversammlung und Prälat Alexander Gleichweil ist heute gestorben. Gleich-weil war ein Vorkämpfer der pazifistischen Ideen und lange Zeit Mitglied des ungarischen Abgeord-netenhauses, wo er nach dem Umsturz gegenüber den Ausschreitungen unter dem Schlagwort der „Christlichsozialen Politik“, energisch Stellung nahm. Er war ein eifriger Förderer der Frauen-bewegung. Als Pazifist und Sozialpolitiker nahm Prälat Gleichweil an zahlreichen ausländischen Kongressen teil. In Prag ist Gleichweil noch durch seinen Vortrag im Feber im Mozarthum in Er-innerung.

Winterfeiern für Arbeiterkinder. Die Orts-gruppen unserer Bildungsorganisationen und



„Linderfrennde“ werden aufmerksam gemacht, daß sie angeordnete Programme für Weihnachtskinderfeste durch die Zentralfstelle für das Bildungswesen in Prag II., Pauliterplatz Nr. 32 beziehen können.

**Ein Opfer des Weltkrieges.** Der 27jährige Georg Redel aus Plan bei Marienbad hatte im Kriege einen Kopfschuß erhalten und litt seither an unerbittlichen Kopfschmerzen. Nunmehr hat er seinem Leben durch Erhängen ein Ende gemacht.

**Polen droht München mit Repressalien.** Laut der „Münchener-Augsburger Abendzeitung“ ließ die polnische Regierung durch ihr Münchener Generalkonsulat an die Regierung eine Mitteilung richten, in der sie gegen die Ausweisung polnischer Juden aus Bayern protestiert und die Ausweisung bayerischer Bürger aus Polen als Gegenmaßregel androht.

**Eisenbahnunglück in Württemberg.** Aus Stuttgart wird vom 15. November gemeldet: Heute nachmittags stieß eine Lokomotive, die ein auf „Galt“ stehendes Signal nicht beachtet hatte, bei Müstler a. Neckar auf einen entgegenkommenden Lokzug. Sieben Personen wurden getötet und mehr als 30 verletzt, zum Teil schwer.

**Den Bruder erschossen.** In Hammelsberg, nächst dem Kurort Radegund in Steiermark erschoss am Sonntag der 16jährige Sohn Johann des Hirsjagers Eibelsberger während eines Streites seinen zehn Jahre alten Bruder Wilhelm in Abwesenheit seiner Eltern mit einem Jagdgewehr, das der Vater geladen auf einem Kasten zurückgelassen hatte.

**Eine nützliche Wette.** Aus Paris wird berichtet: Zwei Bauern in der Gegend von Beauvais hatten sich gegenseitig herausgefordert, um festzustellen, wer von beiden innerhalb zweier Stunden eine größere Grasfläche mähen könne. Mehr als fünftausend baskische Bauern sahen dem anstrengenden Wettkampf zu. Nach Ablauf von zwei Stunden wurde das gemähte Gras abgewogen. Der Sieger hatte es auf 5710 Kilogramm gebracht, sein Gegner auf 4664 Kilogramm.

**Eine Kirche durch Feuer zerstört.** Durch Feuer, das infolge Kurzschlusses entstand, wurde die Kirche San Carlo all' Arena in Neapel zerstört. Bei dem Brande gingen bedeutende Kunstwerke zu Grunde, darunter der Altar mit einem großen Christus, dem Meisterwerke Michelangelo Roccarinos, im Werte von einer Million Lire.

**Im Meere verschwunden.** Nach einer Meldung aus Tokio ist das Dorf Sufaki bei Kojohima, das durch das Erdbeben teilweise zerstört wurde, völlig unter den Fluten des Meeres verschwunden. Die Einwohner flüchteten in das nahe Gebirge.

**Ein Attentat gegen einen Eisenbahnzug.** Auf der Bahnstrecke Straubing—Neusahrn (Bayern) hatten gewissenlose Menschen in der Nähe von Zalkach einen großen Stein und weiter unterhalb einen großen Baumstamm auf die Schienen gelegt. Zum Glück hat die Maschine des gefährdeten Zuges die Hindernisse auf die Seite geworfen, ohne daß ein Schaden verursacht wurde.

**216 Millionen gestohlen.** Der 19jährige Hochschüler Hochhausler aus Aremis wird von der Polizeidirektion in Linz straffällig verfolgt. Er ist beschuldigt, die Kassa der österreichischen Bundesbahnen in Linz um 216 Millionen gestohlen zu haben. Mit der Beute suchte er das Weiter; die Spuren führen nach der Tschechoslowakei. Für die Ergreifung des Geklühten ist ein Preis von fünf Millionen österr. Kronen und außerdem zehn Prozent des bei ihm gefundenen Betrages zugesagt. Die-

selbe Belohnung erhält der, der den Aufenthalt Hochhauslers mitteilt.

**Gattenmord?** Dieser Tage erwartete auf dem Bahnhof in Sternberg (Mähren) ein gewisser Fr. Mayer seine Frau Ida, die mit dem Zuge ankommen sollte; die Gattin traf aber nicht ein, weshalb sich Mayer allein auf den Heimweg begab. Als er den Wald bei Tschelchdorf durchquerte, stießen plötzlich mehrere Schüsse und Mayer brach tödlich getroffen zusammen. Die Erhebungen der Gendarmerie führten zur Verhaftung der Ida Mayer und des Alfons Adam aus Sternberg unter dem schweren Verdachte, daß die eigene Gattin ihren Liebhaber zur Ermordung des Gatten angestiftet habe.

**Aufgehobenes Todesurteil.** Der zum Tode verurteilte Mörder Jar. Jecelin, der seine Geliebte erschossen hatte, wurde vom Präsidenten der Republik begnadigt und seine Strafe vom Obersten Gericht in lebenslänglichen Kerker umgewandelt.

**Ausgabe von Anker.** Der „28. Nizn“ meldet: Der Anker ist wieder da und binnen zwei bis drei Wochen wird er in allen Trafiken erhältlich sein. Das Blatt bemerkt, die Qualität des Ankers sei sehr gut.

**Währungsübersicht vom 16. November.** Das Fortschreiten der Druckstellen hat sich in so beträchtlichem Maße beschleunigt, daß eine Ausklärung bereits in der Nacht auf heute eintrat und früh im Vordergrund einer neuen Druckförderung eine neuerliche Zunahme der Bevölkerung erfolgte. Gleichzeitig trat über Nacht eine ziemlich empfindliche Abkühlung ein. — Wahrscheinliche Wetter von heute: Veränderlich, Neigung zu Niederschlägen, etwas wärmer, frische Westwinde.

### Gerichtssaal.

#### Revision des Prozesses gegen Nikolov?

Richtigkeitsbeschwerde des Staatsanwalts.

Prag, 16. November. Gestern vormittags hat die Prager Staatsanwaltschaft gegen das Urteil im Schwurgerichtsprözeß gegen den Gefandtenmörder Stanis Nikolov die Richtigkeitsbeschwerde überreicht. Daraufhin ist Nikolov neuerdings in strafgerichtliche Haft genommen und gestern abends unter starker Bewachung von der Polizeidirektion ins Landesgericht gebracht worden. Im Laufe des gestrigen Tages haben sich sämtliche ausländischen Gefandtschaften in Prag an das Außenministerium um Informationen über den Verlauf des Prozesses gewandt. Der Justizminister Dolansky war gestern im Prager Strafgericht anwesend. Sein Besuch wird mit einer eventuellen Revision des Prozesses in Zusammenhang gebracht, die, wie verlautet, die zuständigen Kreise durchzuführen beabsichtigen.

Ueber das Material, das bei einer Revision des Prozesses in Betracht kommen soll, wird uns mitgeteilt: Nikolov änderte bei der Hauptverhandlung seine Verteidigungsmethode gegenüber seinen Aussagen vor dem Untersuchungsrichter, wo der Angeklagte erklärt hatte, daß er Dosolow aus eigenem Antrieb niederschlug. Er führte dabei eine geheime Versammlung auf dem Gipfel der Cerna Hora an. Diese Aussage wird als eine Konstruktion des Angeklagten angesehen, zumal es nicht erwiesen ist, ob Nikolov wirklich Mazedonier und Komitatsch ist. Die Mazedonier lernen sehr schwer serbisch und bulgarisch und behalten immer ihren Dialekt; bei, was bei Nikolov nicht der Fall war. Was aber die geheime Versammlung auf der Cerna Hora anbelangt, so ist dieser Berg zwischen Kumanovo und Zepic gelegen, einer Gegend, die ausschließlich von den neuesten Serben bewohnt ist und in der sich ein Komitatsch nur unter Lebensgefahr zeigen darf. Es

sei also höchst unwahrscheinlich, daß eine ganze Organisation von Komitatschis sich gerade diese Gegend zum Versammlungsort aussuchen würde. Außerdem habe Alexandrov, der nach Aussage Nikolovs in dieser Versammlung eine flammende Rede hielt, Sofia in den letzten fünf Jahren nicht verlassen, weil die serbischen Mazedonier auf sein Haupt eine Belohnung von 250 000 Dinars ausgeschrieben haben. Alexandrov widmete sich in Sofia ausschließlich einer organisatorischen Tätigkeit, während das Kommando über die mazedonischen Banden General Patogorew inne hat. Schließlich sei es unwahrscheinlich, daß der jugendliche Nikolov bis zu Alexandrov, der in völliger Zurückgezogenheit lebt, vordringen konnte.

Das Tschechoslowakische Preßbureau meldet — was sicherlich im Zusammenhang mit der Nachricht über eine Revision des Prozesses nicht uninteressant zu erfahren ist — heute aus Belgrad: Die Nachricht über die Freisprechung des Mörders Dosolow, Nikolov, hat allgemein eine peinliche Ueberraschung hervorgerufen. Die erste Meldung fand überhaupt keinen Glauben, da man es für undenkbar hielt, daß in dem vorliegenden klaren Kriminalfalle ein Gericht den Schuldigen freisprechen könnte. Die Blätter geben ihrer Entrüstung (1) über das Vorgehen der Prager Geschworenen Ausdruck, welche durch ihr Verdict dem politischen Mord in der Tschechoslowakei nepříkání die Straflosigkeit sichern. „Dallan“ zitiert das Verdict als eine Schande für die Tschechoslowakische Republik und erinnert an das Verhalten der französischen Gerichte gegenüber dem Mörder Essod Paschas. „Breme“ sagt, daß der Freispruch Nikolovs jedermann konsternieren müsse, da in Prag nunmehr politische Emigranten straflos ermordet werden können. „Nowi List“ schreibt: Unsere tschechischen Verbündeten haben auch bisher nicht viel Aufmerksamkeit und gegenüber an den Tag gelegt, jetzt gingen sie soweit, daß sie moralische Satisfaktion jenen Verbrechern geben, welche unseren ganzen Eid unter das Messer gestellt haben. Ist man wohl in Prag fähig, die Folgen eines solchen Vorgehens abzuschätzen?

### Volkswirtschaft und Sozialpolitik.

#### Die Kündigung des Rahmenvertrages in der westböhmer Metallindustrie.

Der feinerzeitige Lohnvertrag in der westböhmer Metallindustrie ist von den Arbeitern gekündigt worden und wurde nicht mehr erneuert. Alle Bemühungen einen neuerlichen Lohnvertrag zu tätigen, scheiterten an dem Widerstand der Unternehmer. Die Unternehmer erklärten, daß sie bereit wären, einen Lohnvertrag abzu schließen, wenn von der bisherigen Altersklasseneinteilung Abstand genommen wird und die Lohnbemessung ausschließlich nach der Qualifikation der Arbeiter vorgenommen werden kann. Die Unternehmerorganisation wollte einen diesbezüglichen Vorschlag ausarbeiten, jedoch hat der Verband der Metallarbeiter einen derartigen Entwurf nicht erhalten.

Von Seiten des Internationalen Metallarbeiterverbandes wurde Anfang dieses Jahres der Entwurf eines Lohnvertrages übermittelt, welcher ein Kompromiß zwischen dem früheren Vertrag und dem Vorschlag der Unternehmer darstellte. Die Altersklasseneinteilung wurde beibehalten, jedoch in jeder Altersgruppe ein Spielraum zur Berücksichtigung der Qualifikation gelassen. Auch dieser Vorschlag wurde von den Unternehmern abgelehnt. Es hat bisher nur das mündliche Übereinkommen bestanden, daß Veränderungen

im Lohnvertrage nicht eigenmächtig vorgenommen werden sollen, sondern derartige Anträge beim Einigungsamt in Teplitz zu verhandeln sind. Es mußte leider in den letzten Monaten die Feststellung gemacht werden, daß in einer Reihe von Punkten bezüglich der Auslegung des Vertrages keine Einstimmigkeiten mehr im Einigungsamt zu erzielen waren und sogar das Gericht zur Entscheidung aufgerufen werden mußte. Daraus war zu erkennen, daß der allgemeine Zug noch rechts, wie er beim gesamten Unternehmertum festgesetzt werden kann, sich auch beim Metallindustriellenverband in Teplitz bemerkbar macht.

Am 14. November erhielt nun der Metallarbeiterverband von der Unternehmerorganisation folgendes Schreiben:

Teplitz-Schönan, am 14. Nov. 1923.

An den Internationalen Metallarbeiterverband, Komotau.

„Wir teilen Ihnen mit, daß wir vom letzten Passus des mit Ihnen am 6. Juni 1923 bezüglich des Rahmen-Vertrages geschlossenen Übereinkommens Gebrauch machen und dasselbe per 15. November 1923 pro 15. Feber 1924 kündigen, so daß von letzterem Datum ab weder ein Rahmenvertrag, noch eine bezügliche Vereinbarung zwischen unseren Organisationen besteht.“

Hochachtungsvoll:

Verband der Eisen- und Metallindustriellen; Bramsch Dr. Stangl.

Dadurch wird ganz kurz mitgeteilt, daß die Unternehmer nun auch die letzten Vertragsbestimmungen kündigen und daß nach Ablauf dieser Kündigungsfrist ein vollständig vertragloser Zustand eintritt. In dieser Kündigung ist keine Bemerkung enthalten, daß über einen Lohnvertrag verhandelt werden soll, daß der Metallindustriellenverband den Entwurf eines neuen Vertrages übermitteln will. Es muß vielmehr aus diesem Schreiben geschlossen werden, daß keine große Bereitschaft besteht, in ein neues Vertragsverhältnis einzugehen und die Unternehmer möglicherweise ihre bisherige Anschauung über Vertrag und Organisation einer bedeutenden Revision unterzogen haben.

Wir wollen von einer weiteren Beurteilung dieser Angelegenheit vorläufig Abstand nehmen und die künftige Haltung der Unternehmerorganisation ruhig abwarten. Aber bei allen Verbandsfirmen ist die Arbeiterschaft auf das Kommando aufmerksam zu machen und darüber aufzuklären, daß in den nächsten Monaten wichtige Entscheidungen bezüglich ihres Schicksales gefällt werden. Nur eine vollständige geschlossene, lückenlose Organisation wird in der Lage sein, die Interessen der Arbeiterschaft zu wahren und alle Versuche, welche auf eine Verschlechterung der Verhältnisse der Arbeiterschaft hinauslaufen würden, abzuwehren. Die Antwort auf diese Vertragskündigung von Seiten der Metallarbeiterchaft muß eine intensive Werbetätigkeit sein, damit dann der abgeschlossenen Unternehmerorganisation auch eine vollständig geschlossene Arbeiterschaft gegenüber stehen kann.

**Kolossaler Andrang zur Wiener Messe.** Wie die Wiener Messeleitung mitteilt, sind die Anmeldungen zur Frühjahrsmesse so stark, daß sie die Zahl der im höchsten Zeitpunkt angemeldeten Aussteller der Herbstmesse 1923, welche bekanntlich vollständig ausverkauft war, ungefähr um das Doppelte übertreffen. Bisher haben Aussteller aus 10 fremden Staaten ihre Teilnahme angemeldet, darunter besonders zahlreiche reichsdeutsche und tschechoslowakische Firmen.

### Vater Goriot.

39

Von Honoré de Balzac.

„Nun,“ sagte sie, und griff verzweifelt nach ihrer Stirn, „ich will Sie sofort auf die Probe stellen.“ „Ja,“ sagte sie in Gedanken zu sich, „ich habe nur noch diese Möglichkeit.“ Sie läutete. „Ist Herr von Nucingen's Wagen ange-spannt?“ fragte sie ihren Kammerdiener.

„Zu dienen, Frau Baronin.“ „Ich nehme ihn. Herr von Nucingen kann meinen Wagen und meine Pferde nehmen. Es wird erst um sieben Uhr gegessen werden.“

„Kommen Sie,“ sagte sie zu Eugen, der zu träumen glaubte, als er sich in Herrn von Nucingens Coupé neben dieser Frau sah.

„Palais Royal,“ sagte sie zum Kutsher, „neben dem Théâtre Français.“

Unterwegs schien sie aufgeregt und weigerte sich, auf Eugens dringende Fragen zu antworten. Er mußte nicht, wie er diesen stummen, stumpfen, hartnäckigen Widerstand deuten sollte.

„Im nächsten Augenblick läuft sie mir davon,“ sagte er sich.

„Als der Wagen hielt, sah die Baronin den Studenten so scharf an, daß sie seine tollen Worte zum Schweigen brachte, denn er war in Born geraten.“

„Sie lieben mich wirklich?“ fragte sie.

„Ja,“ antwortete er und verbarg die Unruhe, die sich seiner plötzlich bemächtigt hatte.

„Sie werden nichts Schlimmes von mir denken, um was immer ich Sie bitten mag?“

„Nein.“

„Sind Sie bereit, mir zu gehorchen?“

„Blind.“

„Haben Sie schon gespielt?“ fragte sie mit glitzernder Stimme.

„Nein.“

„Gott sei Dank, ich bin erlöst. Sie werden

Glück haben. Hier ist mein Portemonnaie,“ sagte sie. „Nehmen Sie doch! es enthält hundert Franken, das ist alles, was diese reiche, glückliche Frau besitzt. Gehen Sie in einen Spiellub, ich weiß nicht, wo sie sind, aber sie liegen in der Nähe von Palais Royal. Riskieren Sie diese hundert Franken bei einem Spiel, das man Roulette nennt, und verlieren Sie alles oder bringen Sie mir sechshundert Franken wieder. Wenn Sie wiederkommen, will ich Ihnen meinen Nummer beichten.“

„Soll mich der Teufel, wenn ich nur ein Wort von alldem verstehe, was ich tun soll, aber ich werde Ihnen gehorchen,“ sagte er und zitterte innerlich vor Freude beim Gedanken: „Sie kompromittiert sich mit mir und wird mir nichts verweigern können.“

Eugen nahm das elegante Portemonnaie und lief nach Nummer Neun, nachdem er einen Kleiderhändler nach dem nächsten Spiellub gefragt hatte. Er ging die Treppe hinauf, ließ sich seinen Hut abnehmen und fragte nach dem Rouletteaal. Zur Ueberraschung der Stammgäste führte ihn der Saalkellner vor einen langen Tisch. Eugen, gefolgt von den Blicken aller, fragte, ohne sich zu genieren, wo man den Einsatz machen muß.

„Wenn Sie einen Louis auf eine dieser sechshundert Nummern setzen und die Nummer herauskommt, so haben Sie sechshundert Louis gewonnen,“ sagte ihm ein ehrwürdiger Greis mit weißem Haar.

Eugen setzte die hundert Franken auf einundzwanzig — sein Alter. Ehe er zur Bestimmung gekommen war, hört er einen Schrei der Ueberraschung. Er hatte gewonnen, ohne zu wissen.

„Siehen Sie Ihr Geld zurück,“ sagte der alte Herr; „auf diese Weise gewinnt man nur einmal.“

Eugen nimmt einen Rechen, den der alte Herr ihm reicht, holt die dreitausendsechshundert Franken herbei und setzt auf Rot, ohne eine

Ahnung vom Spiel zu haben. Als die Galerie merkt, daß er im Spiel fortgesetzt, sieht sie ihn weidlich zu. Das Rad dreht sich, er gewinnt wieder, und der Bankier schiebt ihm noch einmal dreitausendsechshundert Franken zu.

„Sie haben siebentausendhundert Franken gewonnen,“ lästert ihm der alte Herr zu. „Wenn Sie auf mich hören, machen Sie jetzt Schluß; Rot ist achtmal herausgekommen. Wenn Sie mittelmäßig sind, so zeigen Sie sich einem ehemaligen napoleonischen Beamten, der heute in äußerster Not ist, für diesen guten Rat dankbar.“

Roulette war der noch ganz im Taumel war, ließ sich von dem weißhaarigen Alten zehn Louis abknöpfen und ging mit siebentausend Franken die Treppe hinunter, ohne eine Ahnung vom Spiel zu haben, aber starr über sein Glück.

„Nun, und wohin führen Sie mich jetzt?“ fragte er Frau Nucingen und zeigte ihr die siebentausend Franken, nachdem der Wagenschlag geschlossen war.

Delphine drückte ihn festig an sich und umarmte ihn lebhaft, aber ohne Leidenschaft. „Sie haben mich gerettet!“ Tränen überströmten ihr Gesicht. „Ach, will Ihnen alles sagen, mein Freund. Nicht wahr, Sie werden mein Freund werden? Sie sehen mich reich, im Ueberflusse lebend, nichts fehlt mir oder wenigstens nichts scheint mir zu fehlen. Nun, ich will Ihnen gestehen, daß Herr von Nucingen mich nicht über einen Sou verfügen läßt: er bezahlt im Haus, meinen Wagen, meine Loge; für meine Toilette hat er eine ungenügende Summe aufgesetzt, aus Berechnung bringt er mich insgeheim in Not. Ich bin zu stolz, um ihn um Geld zu bitten. Wäre ich nicht das elendste Geschöpf der Welt, wenn ich ihm den Preis für sein Geld bezahlen würde, den er haben will! Wie war es möglich, daß ich, die ich siebentausend Franken besitze, mich in dem Maße habe betrauben lassen? Aus Stolz, aus Empörung! Wir sind so jung und unerfahren, wenn wir eine Ehe schließen! Ich hätte mir eher die Junge ab-

bissen, als ihn um Geld gebeten; ich habe es nicht gewagt, ich habe meine Ersparnisse aufgebraucht; und dann das Geld verbraucht, das mir mein armer Vater gegeben hat, dann habe ich Schulden gemacht. Die Ehe ist für mich die grauamste aller Enttäuschungen gewesen, ich kann Ihnen nicht darüber sprechen; es genügt Ihnen, daß ich mich eher aus dem Fenster stürzen würde, als daß ich mich entschließen würde, mit Nucingen als seine Frau zusammenzuleben. Als ich ihm meine Schulden gestehen mußte, für Schmutz, für tausenderlei Launen (mein armer Vater hatte und nie etwas verfaßt), habe ich ein Martyrium erlitten; aber zuletzt fand ich den Mut, ihm alles zu sagen. Hatte ich nicht mein Vermögen in die Ehe gebracht? Nucingen geriet in furchtbaren Born, er hat mir gesagt, daß ich ihn ruinierte, kurz, es war furchtbar. Ich hätte hundert Fuß unter der Erde sein mögen. Da er meine Mißgibt hatte, hat er bezahlt, für meine persönlichen Ausgaben hat er einen Betrag festgesetzt, mit dem ich mich, um Ruhe zu haben, zufrieden geben mußte. Dann wollte ich der Eigenliebe eines Menschen, von dem Sie wissen, entsprechen,“ fügte sie hinzu. „Wenn er mich getäuscht hat, so will ich doch der Größe seines Charakters Gerechtigkeit widerfahren lassen. Aber er hat mich auf unwürdige Weise verlassen! Man sollte eine Frau, die man in einem Augenblicke der Verzweiflung mit Gold überhäuft hat, niemals verlassen! Man sollte sie immer lieben! Sie, eine schöne Seele von einundzwanzig Jahren. Sie, der Sie rein und jung sind, werden mich fragen, wie eine Frau von einem Mann Geld annehmen kann? Mein Gott! ist es nicht natürlich, alles mit dem Menschen zu teilen, denn wir unser Glück verdienen? Wenn man sich alles gegeben hat, wie könnte man an einem geringfügigen Bruchteil Aufschuß nehmen? Geld bekommt erst Bedeutung in jenem Augenblick, wo das Gefühl gestorben ist.“

(Fortsetzung folgt.)

Die Arbeitslosigkeit in Deutschböhmen. Die Zahl der vollunterstützten Erwerbslosen in Deutschböhmen beträgt im Reich obse das besetzte Gebiet am 1. November 877.932 gegen 692.813 am 15. Oktober. Die Zahl der unterstützten Kurzarbeiter betrug zu demselben Zeitpunkt 1.786.435 gegen 1.488.121 am 15. Oktober d. J.

Der Berliner Buchdruckerstreik. Wie der Berliner „Vorwärts“ mitteilt, haben die Berliner Ortsverbände der graphischen Organisationen mit Rücksicht auf die in Aussicht gestellte Rückgängigmachung der Verhaftung von Führern der Berliner Buchdrucker beschloffen, den Abbruch des Streikes im Berliner Buchdruckergerwerbe zu empfehlen. Die Plenarversammlung der Gewerkschaftskommission von Berlin und des Angestellten-Ortsrates beschloffen sich Donnerstag mit dem Eingreifen der Militärbehörde in den Buchdruckerstreik. Von den Kommunisten wurde die Proklamierung des Generalstreiks als Protest gegen die Verhaftung der Führer der Buchdrucker gefordert. Der kommunistische Antrag wurde nach einer längeren Debatte gegen eine starke Minderheit abgelehnt. Von den in Folge des Buchdruckerstreikes mehrere Tage nicht erschienenen Berliner Blättern ist der „Lokalanzeiger“ heute morgens wieder erschienen. Das Blatt teilt mit, daß sich genügend Arbeitswillige zur Verfügung gestellt haben, um die Druckerei wieder in Betrieb zu setzen.

Inerhörtes Vorgehen gegen streikende Mühlenarbeiter in Berlin. Aus Berlin, den 16. November, wird gemeldet: Zu dem Streik der Groß-Berliner Mühlen hatte der Magistrat wegen Gefährdung der Brotversorgung Schritte beim Reichsarbeitsminister unternommen. Als gestern mittags die Besprechungen begannen, erschien ein Offizier des Wehrkreiscommandos und ließ, wie bereits gemeldet, die zehn Vertreter der Streikenden auf Grund des Verbotes des Streikes in lebenswichtigen Betrieben in Haft nehmen. Die Verhandlungen begannen trotzdem, aber unter Überwachung der verhafteten Arbeitervertreter durch Kriminalbeamte. Auf der Straße wartete das Automobil, das die Verhafteten abtransportieren sollte, falls die Verhandlungen scheitern würden. Trotzdem kam es dann zu einer Einigung über die Lohndifferenzen und der Streik wurde für aufgehoben erklärt und die Verhafteten freigelassen. Der „Vorwärts“ bezeichnet den Vorgang als ungeheuerlich. Verhandlungen, die zur Beilegung von Streiks aufgesucht werden, müßten als neutrales Gebiet gelten. Besonders die Räume der staatlichen Schlichtungsstelle des Demobilisierungskommissars dürften nicht als Halle gebraucht werden, in die man die Arbeiterführer hineinlockt.

Ausperrung in der norwegischen Holz- und Papierindustrie. In der Holz- und Papierindustrie in Norwegen sind die Arbeiter von den Unternehmern ausgesperrt worden. Die Zahl der ausgesperrten Arbeiter beträgt 25.000.

Devilenturle. Die tschechische Krone notiert in: Zürich ... Schw. Frank 16,51\*25; Berlin ... Mark 74.000.000,00\*00; Wien ... österr. Krone 2045\*00

Prager Kurze am 16. November. Table with exchange rates for Gold, War, 100 holl. Gulden, 1 Billion Mark, 100 Belg. Francs, 100 schwed. Franc, 1 Pfund Sterling, 100 Lire, 1 Dollar, 100 franz. Francs, 100 Dinar, 1000 magar. Kronen, 1000000 vom. Mark, 10000 österr. Kronen.

Kunst und Wissen. Josef B. Foerster.

Anlaßlich der Erstaufführung seiner Oper „Das Herz“ („Srdce“) im tschechischen Nationaltheater, 15. November 1923.

J. B. Foerster, der am Jahre 1859 geborene Meisterlehre der Komposition am Prager Staatskonservatorium, gilt nach dem eigenen Urteile der tschechischen Musikkreise als der beste lebende Repräsentant der tschechischen Musik. Wenn wir uns diesem Urteile auch nicht vollkommen anschließen können, da die moderne tschechische Tonkunst in Meistern wie Novák, Suk und vor allem Janáček weit markantere und persönlichere Musikcharaktere besitzt, so beugen wir uns dieser Erkenntnis doch in einer Hinsicht, daß nämlich auch wir in Foerster den vollstimmigsten tschechischen Tondichter seit Smetana schätzen. Seine Musik ähnelt in vieler Hinsicht jener des größten tschechischen Tonmeisters, namentlich durch ihre gradlinige Form und geschlossene Eingetragtheit sowie durch ihre bewußt volkstümliche Färbung; nur ist sie lieblicher, schlichter und durchsichtiger. Dies zeigen neben prächtigen Symphonien und symphonischen Dichtungen, wundervollen, stimmungsvollen Märschen, Frauen- und gemischten Chören, gefühlsreichen Liedern und klaren Klavierstücken namentlich die zahlreichen Opernschöpfungen Foersters, die zu den besten Wer-

\*) Der ausgezeichnet gezeichnete und für den Hausgebrauch ungemein wertvolle Klavierauszug der Oper ist, wie fast alle größeren Werke Foersters, im Verlage der Prager „Foerster-Gesellschaft“ erschienen, einer geschäftlich-künstlerischen Vereinigung, deren Ziel die Sammlung und Herausgabe aller Schöpfungen dieses großen tschechischen Tondichters ist.

ken der neuesten Opernliteratur überhaupt gehören und wegen ihrer Vollständigkeit und Eingänglichkeit außerordentlich dankbar für das Publikum und die Opernbühne sind. Dem menschlichen Gefühl kommen Foersters Operndichtungen aber besonders dadurch entgegen, daß sie fast alle das ewig neue Thema der Liebe in immer neuer Form und Weise fänden, jenes Thema, das nach dem Ausspruch eines bekannten tschechischen Musikgelehrten ebenso demokratisch wie sozialistisch ist.

Auch die Donnerstag am tschechischen Nationaltheater erstausgeführte Oper „Das Herz“ offenbart schon in ihrem Titel das Motiv der Liebe. Ein Künstler vermag das Ziel seines Sehens nicht zu erreichen, weil er nur die Freundschaft der Geliebten findet, während ihr Herz einem andern gehört, just wie es ihm vor Jahren mit der schwärmerisch geliebten Mutter dieses Mädchens erging. Die Musik, die Foerster zu diesem lyrischen Stimmungsbilde schrieb, ist Ton gewordene Poesie, ist voll himmelblauen Flusses, atmet überall Liebesgefühl, ist erfüllt von stiller Resignation und zeigt selbst in der dramatischen Seite verklärte Güte. Und da sie sich an dem herrlichen Brennen des Volksliedes und volkstümlicher Weise nährt, wirkt sie doppelt herzergänzend und erbauend. Selbst die Instrumentation der Oper gibt ihr ein aus Liebessehnen, Sehnsucht und Gefühl gewobenes Gewand.

Die Aufführung des Werkes unter der musikalischen Leitung des Opernchefs O. Džuril und der umsichtigen Regie B. J. Janáček war ein Meisterwerk liebevoller nachschaffender Tonkunst; auch die stimmungsvolle Ausstattung Meisters Gottlieb Schuf Bilden vollkommener Bühnenillusion. In der Hauptrolle mochten sich Fr. A. Štěpánková und die Herren J. J. Konstantin und W. Burdick verdient. Edwin Janáček.

„Manon Lescaut.“ Die neue Puccini-Oper „Manon Lescaut“ wird heute Samstag wiederholt. Die Titelpartie singt zum erstenmal Olga Forrai. Dirigent: Adolf Heller.

Leo Fall's Operette „Madame Pompadour“ erscheint Sonntag neustudiert wieder im Spielplan. Arbeiterdarstellung „Das Kästchen von Heilbrunn“. Sonntag, den 18. ds., halb 3 Uhr, gelangt im Neuen Deutschen Theater als Vorstellung des Vereines „Deutscher Arbeiter“ in Prag das neuarrangierte Märschendrama „Das Kästchen von Heilbrunn“ zur Aufführung. Kartenvorverkauf bei Optiker Genossen Deutsch, Graben 25, Kleiner Bazar.

Aus der Partei.

Bezirkskonferenz Trautau. Die am letzten Sonntag in Trautau stattgefundene Bezirkskonferenz war von Delegierten selbst aus den entferntesten Ortschaften besucht. Aus den Berichten ging hervor, daß sich die Partei bei den letzten Wahlen trotz vie-

ler Mißerfolge im Bezirke gut behauptet, zumal in den Landgemeinden große Erfolge errungen hat. Der Bezirk hat im letzten Berichtsjahre 171 Parteiverfassungen und 44 Volksversammlungen mit eigenen und fremden Referenten abgehalten. In einer Kreisparteihschule haben über 20 Delegierte aus dem Trautauer Bezirke teilgenommen, in die Parteischule nach Karlsbad wurde ein Genosse entsendet. Aus dem Bericht über die Presse ging hervor, daß es nach Überwindung des Tiefstandes nun wieder vorwärts gehe. Ueber die letzten Gemeindevahlen sprach Genosse Krejčí, der darauf verwies, daß wir im Bezirke relativ noch immer die stärkste Partei sind und 38,5 Prozent aller Stimmen auf uns vereinigt haben. An die Berichte schloß sich eine lebhafte Debatte, worauf Senator Genosse Heczer zu Worte kam, der die politische Lage in gedrängter Form skizzierte. Zum Parteitag werden Genosse Seidel und Genossin Konrad delegiert. Genosse Havel wurde bei den Neuwahlen in die Bezirksvertretung zum Obmann gewählt. Schließlich wurde noch die Einsetzung einer Bezirkssekretive, bestehend aus den drei Vorsitzenden, dem Kassier, Schriftführer und einem Kontrollmitglied, beschlossen, welcher das Recht gegeben wird, dringliche Angelegenheiten sofort zu erledigen.

Bezirkskonferenz Böh.-Leipa. Sonntag, den 25. November nachmittags 2 Uhr in B.-Leipa ganz jährige Bezirkskonferenz. Tagesordnung: Berichte, Der Ausgang der Gemeindevahlen und unsere nächsten Aufgaben, Neuwahl, Delegation zum Parteitag, Hilfsaktion für Deutschland und Verschiedenes.

Jugendbewegung.

Die Deutschlandhilfe. Das Büro der Sozialistischen Jugendinternationale wendet sich an alle sozialistischen Jugendverbände mit einem Aufruf zur tatkräftigen Unterstützung der Arbeiter-Deutschlandhilfe und sagt da unter anderem: Ueber die deutsche Republik ist eine ungeheure Katastrophe herein gebrochen. Der Raubzug der französischen Kapitalisten und der mangelnde Zahlungswille der besitzenden Klassen Deutschlands hat zu einer verheerendsten Lage des deutschen Volkes geführt. Der Widerstand an der Ruhr gegen die rechtswidrige Besetzung des Ruhrgebietes durch die französische Soldateska mußte von der deutschen Regierung aufgegeben werden, weil die wirtschaftlichen Opfer, die dieser Kampf erforderte, zu groß gewesen sind. Trotzdem weigert sich die französische Regierung, in Verhandlungen mit der deutschen Regierung einzutreten. Das Ziel der französischen Imperialisten ist die Zerstückelung Deutschlands, die Niederwerfung der Republik des deutschen Volkes. Dabei führt die republikanisch gestimmte Arbeiterklasse Deutschlands einen heldenhaften Verzweiflungskampf gegen den inneren Feind der deutschen Republik, die Reaktion die den Zeitpunkt zum Loschlagen für gekommen erachtet. In dieser geschichtlichen Schicksalsstunde rufen wir euch auf, alles zu tun, was in euren Kräf-

ten steht, um die deutsche Republik, diese größte aller revolutionären Errungenschaften, zu stützen. Vor allem obliegt uns die Pflicht, die deutsche Jugend, die furchtbare Qualen zu erdulden und schwere Kämpfe durchzufechten hat, durch rasche Beschaffung finanzieller Mittel zu unterstützen.

Sozialistische Jugendorganisation Prag. Dienstag, den 20. November findet um 8 Uhr abends im Vereinsheim „Deutscher Arbeiter“ in Prag II, Smetschlagasse 27, ein Vortrag des Gen. Prof. Czucza über „Seine und seine Stellung zum Sozialismus“ statt, zu welchem die Genossinnen und Genossen eingeladen werden. — Parteigenossen sind ebenfalls willkommen und wird um zahlreiches und pünktliches Erscheinen ersucht.

Mitteilungen aus dem Publikum.

Wettbewerb.

Der mährische Landesausch schreibt einen öffentlichen Ideen-Wettbewerb zur Erlangung von Entwürfen für die Errichtung eines ständigen Ausstellungspalastes auf der Bauerschen Rampe in Brünn aus.

Beteiligten können sich Fachleute aller Nationalitäten, die in die tschechoslowakische Republik zugehörig sind. Nähere Bedingungen teilt das Landesbauamt in Brünn, Neues Landhaus, III. Stock, Tür Nr. 21, mit, wo auch alle Befehle um den Betrag von 150 K zu haben sind. 1923

Brünn, am 10. November 1923.

Herausgeber: Dr. Ludwig Cech und Karl Cermak. Verantwortlicher Redakteur: Dr. Emil Straub. Druck: Deutsche Zeitungs-Druckergesellschaft, Prag. Für den Druck verantwortlich: C. Holik.

Kalla's Bratheringe.



Fischkonserven, Bücklinge. Zu beziehen in: Großverkaufsges. für Konsumverleihe in PRAG II., Provo nám. 4.

Bank für Brauindustrie in Prag. Offizielle Bankstelle der Brauindustrie-Organisation der Tschechoslowakischen Republik. Filialen: Brünn, Schüttenhofen, Traava (Slovakoi). Büchereilagern werden mit 4-5% verzinst. Alle Banktransaktionen werden billigst durchgeführt.

Advertisement for Teekanne featuring an illustration of a woman and a teapot. Text: MEINE MUTTI sagt: BRINGE ABER NUR MARKE TEEKANNE weil er voller Duft, Feinheit und Ergiebigkeit ist und ich denke, weil ich durch ihn so viele Seidenbilder für meine Handarbeiten zu dem Preis ausstreichen erhalte. Bitte beachten Sie das Preisausstreichen in einer der nächsten Nummern dieser Zeitschrift!

Heimverdienst für jedermann ohne besond. Kenntnisse nach seiner Tagesarbeit. Schreibt noch heute an Fabrik J. Brož, Kardak, Redice.

Die Volksbuchhandlung Ernst Sattler, Karlsbad unterhält ein reichhaltiges Lager jeder Art Literatur. Alle nicht lagernden oder wo immer angelegentlichsten Bücher und Zeitschriften werden rasch geliefert.

Ein Wanderbuch für das Nichts- u. Erzgebirge, Böhmisches Erzgebirge, Jeschen, Mer. u. Riesengebirge, Waldenburger u. Glatzgebirge, Mährgebirge u. Giesebirge. Mit vielen Wanderrouten in Leinwand gebunden. Preis, wenn mit Hinweis auf dieses Inserat bestellt wird nur 6.50 Kronen. Bücherverzeichnis kostenlos. Buchhandlung Freiheit, Leptih, Schönan, F. Breitenstraße 18.

Advertisement for Berson Gummiabsätze und Gummischulen. Das ist die Qualitätsmarke! Berson Gummiabsätze und Gummischulen. Seit 37 Jahren. KALODONT Zahncreme. Inserieren bringt stets Erfolg.